

Herausgeber: Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik. Erika Beltz, Michael Beltz, Achim Bigus, Johannes Magel, Renate Münder, Tina Sanders, Hans-Günter Szalkiewicz, Wolfram Triller, Hans Heinz Holz (1927–2011)

Renate Münder

EDITORIAL

Die Situation vor den Wahlen zum EU-Parlament im Mai 2014 zeigt eine uneinige politische Linke in Deutschland und verlangt danach, bekannte Positionen zu überdenken. Die immer deutlicher werdende Dominanz des deutschen Imperialismus in EU-Europa erfordert, auf diese Tendenz die richtigen Antworten in der politischen Praxis zu geben, die einen Weg eröffnen, die Linkskräfte zu stärken und eine Praxis des Widerstands zu entwickeln. Vor allem aber, Ansätze im Bewusstsein der Arbeiterklasse zu finden und Wege aufzuzeigen, dem deutschen Kapital die Gefolgschaft zu verweigern.

In der Partei Die Linke gab es nach heftiger Debatte über den Entwurf des EU-Wahlprogramms eine Revision bisheriger Positionen. Der Satz in der Präambel – eine analytisch dürftige Formulierung – der die EU als „neoliberale, militaristische und weithin undemokratische Macht“ bezeichnete, wurde gestrichen. Umso wichtiger, dass von Seiten der Kommunisten die Ausrichtung der EU-Politik auf die Interessen der Monopole immer wieder neu analysiert wird. Richard Corell geht der interessanten Frage nach, warum Frankreich sich die dominante Rolle Deutschlands gefallen lässt. Am Beispiel *Total* verfolgt er das Geflecht, in dem Monopole die Nationalstaaten ebenso wie die Brüsseler Verwaltungsbehörde für sich in Anspruch nehmen und sie ihren Interessen unterordnen.

Sepp Aigner vergleicht die EU-Wahlprogramme von Linkspartei und DKP und arbeitet ihre tiefgreifenden Diffe-

renzen heraus, obwohl beide eine Reihe ähnlicher Forderungen aufweisen. Über die fehlenden Kompetenzen des Europäischen Parlaments klärt Andreas Wehr auf – Teil einer *Fassadendemokratie* nennt er es mit Sarah Wagenknecht – und geht der Frage nach, ob sich angesichts dessen eine Kandidatur überhaupt lohne. Dass die Alternative für Deutschland (AfD) gar nicht als entschiedener Gegner der EU einzuordnen ist, erfahren wir in einem weiteren Artikel von Andreas Wehr. Die AfD bejaht den europäischen Binnenmarkt – kein Wunder, denn der ist es, der die Grundlage für den Siegeszug der deutschen Monopole in der EU ausmacht. Renate Münder weist den Vorwurf der Bourgeoisie – aber auch aus den Reihen der linken Bewegung – zurück, dass grundsätzliche Kritik an der EU „zurück zum Nationalismus“ der Mitgliedstaaten führe. Nationalismus und Rassismus – die im Übrigen nie verschwunden waren – gedeihen vielmehr auf dem Boden der Standortideologie, durch die die Konkurrenz der Betriebe und Staaten untereinander geschürt und die internationale Solidarität untergraben wird. Und schließlich untersucht Anton Latzo den Antikommunismus in der EU seit ihren Anfängen. Nach der Niederlage des Sozialismus hat er nichts an seiner Intensität verloren, und mit seiner Hilfe soll das Werk der Konterrevolution unter der Flagge der EU vollendet werden, wofür die Ukraine nur das aktuellste und besorgniserregendste Beispiel ist.

Die Diskussion zur Antifa-Politik über „breite Bündnisse“ führt Jürgen Lloyd fort: Die Breite müsse antifaschis-

tische Politik sehr wohl anstreben. Ihre Grundlage muss aber das gemeinsame Klasseninteresse aller antimonopolistischen Kräfte sein, der Monopolbourgeoisie die Möglichkeit zu verbauen, zur faschistischen Form ihrer Herrschaft übergehen zu können.

Einen Nachtrag zur Rassismus-Diskussion in *Theorie & Praxis 34* liefert Thomas Lurchi. Entscheidend für eine wirksame Bekämpfung des Rassismus ist die Beantwortung der Frage, warum rassistische Ideologien in der Arbeiterklasse überhaupt um sich greifen können.

Hans-Günter Szalkiewicz bespricht das Heft 94 des *isw*. Um den *Neoliberalismus* zu durchbrechen, setzen die Autoren z. B. auf den „Marshallplan für Europa“ des DGB, erneut wird ein „Transformationsprozess“ zu einer anderen Gesellschaft beschworen.

Beim Literaturtipp rezensiert Pablo Graubner das Buch von Harald Werner *Wie die Gedanken in die Köpfe der Menschen kommen*, eine Untersuchung über Dialektik und Didaktik politischer Bildung – lesenswert, auch wenn der Titel nicht hält, was er verspricht. Und schließlich stellt Erika Beltz die Arbeit der Parteigruppe in Gießen zur EU-Wahl vor: die – erfolgreiche – Massenarbeit der angeblichen „Linkssektierer“.



SCHÖNER WOHNEN IM „HAUS EUROPA“?

In der Partei Die Linke gab es eine erregte Debatte über den Entwurf des Programms für die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) im Mai 2014. In der Präambel war die EU als „neoliberale, militaristische und weithin undemokratische Macht“ bezeichnet worden. Dass selbst diese – analytisch dürftige – Formulierung den Zorn erregte, zeigt, wohin die Reise gehen soll. Die Partei soll salonfähig gemacht werden, d. h. den Weg frei machen an die Fleischtöpfe und an die Pöstchen-Börse der Bourgeoisie. Dazu muss immer noch über einige Stöckchen gehüpft werden. Eines davon heißt Bekenntnis zur EU. Dieses Bekenntnis heißt aber nicht erst seit dem denkwürdigen 8. Mai 2010 Bekenntnis zum deutschen Imperialismus und seiner Vormachtstellung in der EU und damit zu Deutschlands drittem Anlauf zur Weltmacht.

Tanzen nach deutscher Pfeife

An jenem 8. Mai – 75 Jahre nach der Niederlage Nazideutschlands – ließ sich Deutschland von der Siegermacht Frankreich bitten, die französischen Großbanken zu retten, die sich in Griechenland übernommen hatten. Die dann als Rettung Griechenlands ausgegebene Rettung des französischen Finanzkapitals war nur möglich, weil Deutschland am 10. Mai schließlich zustimmte. Merkel stimmte um den Preis zu, dass ab nun nicht nur in Griechenland, sondern auch in Frankreich und anderen Ländern wie Italien und Spanien nach deutscher Pfeife getanzt wird. Das umschließt die Staatshaushalte und geht bis weit in die sozialen Beziehungen, in Tarifpolitik und Gewerkschaftsrechte.

Das Ziel des deutschen Imperialismus in den zwei Anläufen zur Weltmacht war es, Frankreich als Hauptkonkurrent durch Krieg auszuschalten. Die Strategie heute ist es, die Unterordnung diesmal friedlich zu schaffen, d. h. „nur“ mit ökonomischem und politischem, nicht militärischem Druck, „nur“ mit Überredung, Erpressung und Betrug. Von Frankreich wird dafür „Entgegenkommen“ in militärischen Fragen erwartet.

Denn Deutschland mit seiner GroKo droht ja, nun wieder mehr Verantwortung für die Welt zu übernehmen, auch militärisch. Darüber fiel noch vor ein paar Jährchen Horst Köhler, Bundespräsident der CDU. Der Bundespräsident der sozialdemokratischen Führung und der Grünen, der Herr Gauck, darf es nun verkünden, flankiert vom SPD-Außenminister und von der CDU-Leyen-Kriegerin. Das Schlüsselwort in der Debatte ist „unabgestimmt“. Auf Deutsch: Wir sind zu allem bereit, aber wir wollen vorher gefragt werden, es muss mit uns abgestimmt sein, wenn wir mit Geld und Soldaten kommen sollen. Nicht so wie bei Mali, Libyen und Syrien, wo Frankreich „unabgestimmt“ vorpreschte und dann nachträglich um Subsidien bettelte. Und das heißt wiederum: Die deutsche Monopolbourgeoisie will vorher wissen, was für sie dabei herauspringt. Darum geht es in Wirklichkeit.

Warum lässt sich Frankreich das gefallen?

Warum Frankreich sich das gefallen lässt? In der Situation 2010 waren die sonst möglichen Retter wie USA oder Großbritannien selbst in den größten Schwierigkeiten. Außerdem gibt es in Frankreichs Finanzkapital traditionell die Auseinandersetzung, sich stärker USA/Großbritannien anzunähern oder sich mit Deutschland gegen den anglo-amerikanischen Block zu positionieren. Russland und die VR China sind selbstverständlich weitere Karten im Spiel der etablierten Großmächte. Zudem sympathisieren große Teile der französischen Finanzoligarchie durchaus mit der Abwälzung der Krisenlasten, mit Austeritätspolitik nach deutscher Art. Nicht umsonst bezieht sich Hollande offen auf die „Agenda 2010“ als Vorbild.

Dabei gehen die Linien z. T. quer durch die Monopole selbst. Nehmen wir als Beispiel den französischen Ölkonzern Total [1]. Total ist das sechstgrößte Unternehmen in Europa und das zehntgrößte der Welt. Es gehört zu den sechsgrößten privaten Ölkonzernen der Welt. 2012 hatte Total rund 97.000 Be-

schäftigte, Umsatz 182 Mrd. Euro (zum Vergleich: E.on 132 Mrd. Euro), Profit: 11 Mrd. Euro (E.on 2,6 Mrd. Euro). Dank Elf-Aquitaine (von Total im Jahr 2000 übernommen), dem unter dubiosen Umständen Minol/Leuna-Raffinerie aus der DDR-Beute über Kohl (Vertrauensmann des IG-Farben-Nachfolgers BASF) zugeschanzt worden war, ist Total eng mit dem deutschen Monopolkapital [2] verbunden. Total-Leuna wird nach wie vor durch die Drushba-Pipeline [3] mit Öl aus Russland versorgt. Mit der BASF-(Erd-)Gas-Tochtergesellschaft Wintershall (zu gleichen Anteilen) ist Total dabei, einen Fuß in die Erdgasvorkommen in Argentinien zu bekommen, womit sie mit den Interessen der USA-Energiekonzerne kollidieren. Auch in Libyen kooperiert Total mit Wintershall. Dort war Total nach dem französischen militärischen Eingreifen der erste Ölkonzern, der seine Produktion wieder aufnahm. Total kooperiert mit der staatlichen chinesischen Ölgesellschaft CNPC (übrigens 2011 mit einem Umsatz von 292 Mrd. Euro und 1,7 Mio. Beschäftigten) u. a. im Irak, bei der Erschließung des riesigen Kaschagan-Felds in Kasachstan (hier wiederum mit Exxon Mobil und Shell) und in Brasilien. Den USA waren die Engagements von Total im Irak und Iran sowie in Kuba (1993–1995) stets ein besonderer Dorn im Auge.

Allein am Beispiel Total sieht man das Geflecht, in dem Monopole agieren und in dem sie die Nationalstaaten und eine internationale Verwaltungsbehörde wie die Brüsseler EU für sich in Anspruch nehmen und sie ihren Interessen unterordnen wollen und müssen. Und schon Total zeigt, dass Frankreich kein Brocken ist, der sich vom deutschen Imperialismus so einfach schlucken lässt.

Das Beispiel Total soll auch zeigen, dass die Monopole und die wirklichen Machtverhältnisse ins Visier zu nehmen sind; denn ohne Klarheit über den Gegner bleibt alles im Bereich des Schwätzens, Wünschens, Betens.

Warum nicht mal zur Abwechslung Klarheit über den Gegner?

Statt den deutschen Imperialismus anzuprangern (wie es z. B. das Wahlprogramm der DKP leistet), anzugreifen und zu schwächen, meint die Linke – und damit ist nicht nur die Partei Die Linke gemeint – gebetsmühlenartig ein soziales und demokratisches Europa fordern zu müssen, friedlich – darf es auch noch ein bisschen ökologisch sein? – und immer wieder gerecht [4]. „Transform“ versammelt sich hinter dem „Marshall-Plan“ [5] für Europa, wie er von der DGB-Führung Ende 2012 der müde lächelnden Öffentlichkeit vorgestellt wurde [6]. Andere fordern gar „einen anderen Euro“ [7]. Für *Schöner Wohnen* im „Haus Europa“ [8], das gerade den Pferch aufmacht, um die Ukraine hereinzutreiben.

Oder spielt doch die Hoffnung mit, dass via EU die anderen Staaten Europas den deutschen Imperialismus einbinden und eindämmen könnten? Das war ja einmal zu Zeiten Mitterrands die Hoffnung Frankreichs und entscheidend für die Zustimmung zur Einverleibung der DDR. Die Hoffnung bestand darin, dass mit der Aufgabe der Mark und mit der Einführung des Euro die Hegemonie in Europa gemeinsam und gleichberechtigt mit Deutschland ausgeübt werden könne. Statt Eindämmung ist neben die ökonomische Dominanz die zunehmend politische Vorherrschaft durch den deutschen Imperialismus getreten. Und statt Auflösung von Nationalstaaten, wie es gutwillige Menschen von einem sich einigenden Europa erhofft hatten, wird der Nationalstaat in seiner übelsten, nämlich der deutschen Form, im Großen reproduziert, um Front zu machen gegen die arbeitenden Klassen und den Rest der Welt. Dass dabei die unterdrückten Nationen auch in der EU

gegenüber den Unterdrückernationen zu kurz kommen, reproduziert genau den Nationalismus, dessen Beseitigung man sich durch die EU erhofft hatte. Insofern ist die Unterstützung dieses „EU“ genannten Konstrukts nicht Internationalismus, sondern der Effekt ist purer Nationalismus im scheinbar neuen Gewand.

Wenn sich Hoffnung als Illusion erweist und mit Hoffnungen nur noch gespielt wird, um die aggressiven und expansiven Machenschaften seiner imperialistischen Führungsmächte zu verdecken – dann muss man Klartext reden.

Die Kommunisten und die anderen deutschen Linken haben eine besondere Verantwortung in Europa, einen Beitrag zu leisten gegen „Schröderisierung“, „Vermerkelei“ und „Vergauckelung“. Wir sind doch die erste Widerstandslinie gegen deutsche Übergriffe und die Übeltaten, die das deutsche Kapital im eigenen Land gegen das eigene Volk ausführt und die dann als Modell anderen Völkern vorgeführt und aufgezungen werden.

Aber offenbar ist es aus den oben genannten Gründen – um sich bei möglichen Koalitionspartnern beliebt zu machen – zu schwer, auch im Wahlkampf zu sagen, dass linke Kräfte die Plattform des EP nutzen werden, um den Druck auf die BRD zu erhöhen und die Angriffe von deutscher Regierung und deutschem Kapital gegen das eigene Volk und andere Völker – nicht nur in Europa (!) – aufzudecken und anzuklagen. Den EU-Schleier wegzureißen und den Blick freizugeben auf den Imperialismus im Allgemeinen und den deutschen Imperialismus im Besonderen, das ist die zentrale Aufgabe über diesen Wahlkampf hinaus.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Total ist aus der Compagnie Francaise des Pétroles (CFP) hervorgegangen. Die CFP wurde unter staatlicher Beteiligung mit Unterstützung von 90 Banken und anderen Unternehmen 1924 gegründet. Zur Grundausstattung gehörte u. a. der 25%-Anteil der Deutschen Bank an der Turkish (später Iraq) Petroleum Company, der 1920 Frankreich zugesprochen worden war. Seit dem sog. Red Line Agreement von 1928, das die Eigentumsverhältnisse bei der TPC klärte, ist CFP im großen Ölgeschäft der „Sieben Schwestern“ nicht dabei. Dieses engere anglo-amerikanische Ölkartell umfasste schon damals Chevron, Shell und BP – mit z. T. noch anders lautenden Namen – und ExxonMobil, das sich mit dem Achnakarry Agreement von 1929 formierte.
- [2] Allerdings ist nicht vergessen, dass die Kettenhunde des deutschen Monopolkapitals, die Nazis, 1943 den Chef der damaligen CFP, Jules Mény, und andere hohe Manager festnahmen. Mény wurde 1945 ins KZ Dachau deportiert. Er starb auf einem Transport in Nazideutschland. Auch dies spielt in der Unternehmenskultur eine Rolle.
- [3] 1963 von Walter Ulbricht eröffnet.
- [4] vgl. Leitantrag zum Europa-Wahlprogramm.
- [5] Der historische Marshall-Plan war ganz nebenbei einer der ersten Schritte des US-Imperialismus zur Auflösung der Anti-Hitler-Koalition und zur Spaltung Europas. So weit zu den Fußstapfen, in die da Michael Sommer treten wollte.
- [6] Transform! – Ausgabe 13/2013.
- [7] vgl. isw Report Nr. 95.
- [8] Da das Gedächtnis leider kurz ist, sei an die Herkunft dieser Metapher erinnert, mit der Gorbatschow die Völker Europas einlullen und von den wahren Interessen und konterrevolutionären Machenschaften hinter den Kulissen ablenken sollte.



Richard Corell

EU UND SCHWEIZ NACH DEM REFERENDUM

Bezeichnend, wie das Referendum der Schweiz von Linken behandelt wird. Natürlich ist das Ergebnis reaktionär. Aber dass in die Schelte der EU eingestimmt wird, ist abscheulich und zeigt, wie weit man sich auf Annäherung an

die SPD-Führung begibt [1]. Ausgerechnet die EU, die in Lampedusa und anderswo Europa abschottet und den Massentod von Flüchtlingen in Kauf nimmt. Deutschland, das die Länder destabilisiert und sich dann vor den

Folgen durch brutale Maßnahmen zu drücken versucht – durch Lager, durch administrative Quälereien, durch Drohungen gegen andere Länder wie Rumänien. Die Folgen, nämlich die Einwanderung von Menschen, sucht



Deutschland von sich abzuwenden und den Zustrom in andere Länder umzulenken, nicht nur in die Schweiz. Ausgerechnet die EU spielt sich gegen die Schweiz auf, die immerhin einen weitaus größeren Ausländeranteil an der Bevölkerung und den Arbeitskräften hat als Deutschland und in der nicht erst seit gestern Menschen unterschiedlicher Nationalität als Bürger in einem Staat zusammenleben und die seit bald 500 Jahren keinen Krieg mehr gegen andere Länder geführt hat. Aber wie sogar die bürgerliche *Zeit* weiß: Die Schweizer Abstimmung

hat sich vor allem gegen die Zuwanderung aus Deutschland gerichtet! Deswegen also die ganze Aufregung und die schnelle Drohung mit Sanktionen, getarnt als Kampf für die Freiheit.

Daran sollten sich auch linke Politiker erinnern, wenn sie sich nicht in die „Kavallerie“ des Peer Steinbrück [2] einreihen wollen. Wenn Jean Ziegler von der Schweiz als „Hehlernation“ der Welt spricht, ist das sein gutes Recht und seine Pflicht als Schweizer Linker. Für deutsche Linke bedeutet das Gleiche gesagt, verdeckten deutschen Chauvinismus.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Bernd Rixinger droht gar mit Kapitalverkehrskontrollen – nicht gegen die Reichen aus Deutschland, sondern als Sanktion gegen die Schweiz laut ND vom 10. 2. 2014: „Die Schweiz könne sich nicht ernsthaft auf den Standpunkt stellen, dass sie sich gegen Zuwanderer abschotten kann, und gleichzeitig das Steuerfluchtgeld aus ganz Europa mit offenen Armen empfängt“, so der Linken-Politiker.
- [2] Peer Steinbrück drohte der Schweiz 2009 als Finanzminister unter Kanzlerin Merkel (CDU) wegen deutscher Steueründer mit der Kavallerie von Fort Yuma wie den Apachen am Colorado River.



Sepp Aigner

DIE PROGRAMME VON LINKSPARTEI UND DKP ZU DEN EU-WAHLEN IM VERGLEICH

Programmatische Aussagen können nicht mit der tatsächlichen Politik gleichgesetzt werden. Auf ihrem Hamburger EU-Parteitag hat die Linkspartei fast ausschließlich Kandidaten des rechten Parteiflügels auf die aussichtsreichen Listenplätze gewählt. Die Politik der Linkspartei im EU-Parlament wird also von der Parteilinken gemacht werden, Programm hin oder her. Allerdings wird sie sich dabei in vielen Dingen durchaus auf das Wahlprogramm berufen können, denn dieses wurde in Hamburg in wichtigen Fragen revidiert. Da nun auch die 3%-Klausel wegfiel, können wir offensiv argumentieren: eine Stimme für die DKP ist nicht verloren, ihre Wahl bedeutet im Unterschied zu der der Linkspartei eine klare marxistische Positionierung gegen das Europa der Banken und Konzerne. Ein Stimmenzuwachs im Vergleich zu 2009 könnte Ausdruck des Widerstands sein. Das hätte mehr politisches Gewicht als die programmatischen Aussagen für sich genommen.

Dennoch spiegeln sich natürlich in den Programmen die politische Ausrichtung, der Bewusstseinsstand und das Gewicht der verschiedenen Kräfte in beiden Parteien. Das DKP-Programm zeigt, dass die Partei ihr kommunistisches Profil geschärft hat. Das Programm der Linkspartei zeigt dagegen, dass die *Ankommer*, deren Ziel eine

Beteiligung an einer SPD/Grünen-Regierung ist, auf dem Vormarsch sind – und sei es um den Preis zu deren Bedingungen.

Worin liegen die zentralen charakteristischen Aussagen beider Programme?

Die Linkspartei gliedert ihr EU-Wahlprogramm in vier Hauptkapitel: „Gerecht und solidarisch aus der Krise“, „Demokratisches Europa“, „Für ein friedliches Europa – nach Innen und Außen“ und „Europa verändern“. Sie befindet „Die Krisenpolitik zerstört Demokratie und Sozialstaat in Europa“ und setzt dagegen: „Banken entmachten – Finanzmärkte regulieren“, eine höhere Besteuerung der Reichen, einen „gerechten und solidarischen EU-Haushalt“ und „Solidarisches Miteinander statt ruinöser Wettbewerb“, „Gute Arbeit statt niedriger Löhne und unsicherer Jobs“, Arbeitszeitverkürzung, „Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung“, die soziale und ökologische „Umgestaltung“ der „Wirtschaft“. Da hat die Linkspartei detaillierte Vorstellungen, von einer „solidarische(n) Regional- und Strukturpolitik“ bis zu einem „wirksamen Tierschutz“. Die Lobby von Unternehmen, Banken und Vermögenden müsse zurückgedrängt, Geheimdienste aufgelöst, Datenschutz garantiert, Diskriminierungen abgeschafft und dem Ras-

sismus, „Rechtspopulismus“ und Neofaschismus entgegengetreten werden. Europa solle „demokratisch und solidarisch“ gestaltet werden.

Eine Reihe dieser Forderungen der Linkspartei finden sich ähnlich auch im DKP-Wahlprogramm: Schuldenschnitt für die EU-Staaten, die unter Kuratel der EU-Troika stehen, „Die Reichen müssen zahlen“, gegen die Militarisierung der EU, gegen „Demokratieabbau und Überwachung“, gegen Rassismus, Faschismus und die Diskriminierung von Minderheiten, gegen die „Umverteilung von unten nach oben“, für den „Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen“ usw. Diesen Ähnlichkeiten stehen aber tiefgreifende Differenzen bei der Einschätzung der EU und ihrer Zukunftsperspektive gegenüber.

„Überwindung des Nationalismus“ durch die EU?

Die Linkspartei stellt sich das Ziel, es gelte die EU demokratisch zu machen. Ohne jeden Tatsachenbezug behauptet sie, eine ursprünglich fortschrittliche EU, die mit einer „falschen“, „neoliberalen“ Politik in ihr Gegenteil verkehrt worden sei, könne mit einer „richtigen“, „linken“ Politik wieder aufs ursprüngliche, fortschrittliche Gleis gesetzt werden.

„Historisch zielte die Einigung in Europa darauf, Kriege zu verhindern und – nach den Weltkriegen im 20. Jahrhundert – zu einer friedlichen Entwicklung in und außerhalb Europas beizutragen“, heißt es Programm der Linkspartei. Was für ein Unsinn! In Wirklichkeit zielte die Einigung Europas – wie es der französische Imperialismus für wünschenswert und möglich hielt – auf die Einbindung der BRD und – aus der Sicht der Herrschenden in der BRD – auf die Überwindung der politischen Isolierung nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im II. Weltkrieg. Historisch zielte die Einigung Europas auf die Bündelung der wirtschaftlichen Potenzen der westeuropäischen Mächte. Sie war Teil der Roll-Back-Strategie gegen die sozialistischen Staaten. Später dann Jugoslawien, Afghanistan, Somalia, Libyen, Syrien, Ukraine – das ist Konkurrenz und Dominanzpolitik mit allen Mitteln, selbstverständlich auch militärischen. Es geht und ging nie darum, „zu einer friedlichen Entwicklung in und außerhalb Europas beizutragen“. Das DKP-Programm hält dagegen – wie es den Tatsachen entspricht – die EU für ein imperialistisches Konstrukt von Anfang an. „Die Europäische Union wurde zur Durchsetzung der Interessen der größten Konzerne und Banken in Europa gegründet. (...) Ein deutsch dominierter europäischer Wirtschaftsraum als Ausgangsbasis des Konkurrenzkampfes gegen die USA und Asien war und ist das Ziel des deutschen Imperialismus“, heißt es im Wahlprogramm der DKP. So ist es – und das ist das Gegenteil der haltlosen Geschichtsklitterung der Linkspartei.

Die bisherige politische und ökonomische Integration Europas dient nicht den Interessen der arbeitenden Menschen in Europa. Unter kapitalistischen Vorzeichen führte sie, wie Rosa Luxemburg einst vorhersagte, zu einer „Missgeburt des Imperialismus“. Bewahrheitet hat sich auch Lenins Einschätzung, dass die Vereinigung Europas unter dem Diktat des Großkapitals „entweder unmöglich oder reaktionär“ ist.

Die Linkspartei behauptet, die EU überwinde den Nationalismus in Europa und es dürfe keinen „Rückfall“ in diesen geben. Tatsache ist, dass Deutschland sich zur EU-Führungsmacht aufgeschwungen hat, dass „in Europa Deutsch gesprochen wird“, dass es im

Konkurrenzkampf zwischen den EU-Staaten Gewinner und Verlierer gibt und die schwächsten in eine halbkoloniale Lage geraten, in der die Troika in den nationalen Institutionen sitzt und bis in die Einzelheiten vorschreibt, wie die Bevölkerung verarmt werden soll. Die EU baut die Ungleichheit zwischen den Volkswirtschaften und die nationalstaatlichen Gegensätze nicht ab, sondern befördert sie. Sie entzieht dem Nationalismus nicht den Boden, sondern schafft die Bedingungen für nationalistische Hetze und Rechtsentwicklung.

Klassenneutraler bürgerlicher Staat?

Die Linkspartei wiederholt auf europäischer Ebene den sozialdemokratischen Fehler, den bürgerlichen Staat für klassenneutral und daher linke Politik für einen Kampf um den dominierenden Einfluss im bürgerlichen Staat zu halten. Wer in den (Wahl-)Institutionen die Mehrheit habe, könne die „richtige“, „fortschrittliche“ Politik machen. Die eigene Stärke in den Parlamenten sei dafür das Entscheidende. Demokratische Bewegungen sind damit zwangsläufig – trotz aller Beschwörung ihrer Wichtigkeit – Hilfsmittel für die Eroberung von Parlamentsmehrheiten, sei es auf nationaler oder EU-Ebene.

Wichtiger als Massenbewegungen wird in der Praxis das Suchen nach Koalitionspartnern in den Parlamenten, was unter den gegebenen Bedingungen nur durch die Annäherung an die traditionelle Sozialdemokratie erreichbar ist, was wiederum die Aufgabe der eigenen Programmatik bedeutet.

Die DKP geht dagegen vom Klassencharakter des bürgerlichen Staates aus. Die Alternative zur bürgerlich-kapitalistischen Herrschaft ist die Macht der Arbeiterklasse und ihrer möglichen Verbündeten, für die sie den bürgerlichen Staat überwinden und einen eigenen Staat aufrichten muss. Demokratisierung zielt danach nicht auf die Verwandlung des bürgerlichen Staats in einen idealen Volksstaat, sondern ist Teil des Kampfes um die revolutionäre Überwindung des bürgerlichen Staats. Die DKP geht davon aus, dass das Zentrum der monopolkapitalistischen Macht nach wie vor die bürgerlichen nationalen Staatsapparate sind, die in jedem EU-Staat überwunden werden müssen.

Der Demagogie der Linkspartei, die den tatsächlichen Machtverhältnissen und den sich daraus ergebenden Bedingungen für wirkliche gesellschaftspolitische Veränderungsmöglichkeiten einen Wunschkatalog entgegensetzt, stellt die DKP die Analyse dieser Machtverhältnisse entgegen und leitet daraus die heute realistischen politischen Ziele ab. Sie kommt zu dem Schluss, dass sich die Arbeiterklasse gegenwärtig in der Defensive befindet und es darum geht, die politische Offensive der Monopoulbourgeoisie gegen die Arbeiterklasse und die Volksschichten zum Stehen zu bringen, abzuwehren und die Bedingungen für eine Gegenoffensive der Arbeiterklasse zu schaffen.

Ein sozialistisches Europa, in dem die bürgerlichen Nationen und ihre zwangsläufigen Gegensätze überwunden sind, steht nicht auf der Tagesordnung. Die Verbindung der demokratischen und Arbeiterbewegung hat nach wie vor *internationalen* Charakter, auch im EU-Rahmen.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land

Der von Gysi angezettelte absurde Streit um einen Halbsatz in der Präambel des Linkspartei-Wahlprogramms wirft ein Licht auf die Art und Weise des Zustandekommens. Es geht nicht um eine möglichst zutreffende Analyse und daraus abgeleitete politische Ziele. Es geht um das Austarieren der verschiedenen Strömungen und Interessen in der Partei und um die Gefälligkeit gegenüber einer vorgestellten Wählerklientel. Und beides muss so kompatibel wie möglich mit der angestrebten Regierungsfähigkeit sein.

„Wir lassen uns nicht darauf ein, uns zwischen einer neoliberalen EU und einem neoliberalen Nationalstaat zu entscheiden“, heißt es im Wahlprogramm der Linkspartei. Worauf sie sich aber einlassen sollte, steht im DKP-Wahlprogramm: „Es ist – auch im Interesse der Arbeiterklasse in den anderen EU-Ländern – notwendig, in Deutschland den Widerstand gegen die herrschende Politik und deutsches Großmachtstreben voranzutreiben.“ Das ist die erste und vorrangige Aufgabe der Linken in Deutschland, weil die entscheidende Macht der Bourgeoisie nicht in Brüssel sitzt, sondern in Berlin.



Die Nationalismus-Debatte, in der der inzwischen klar dominante rechte Flügel der Linkspartei, aber auch z. B. Leo Mayer (DKP) ausgerechnet den Marxisten-Leninisten vorwerfen, den Nationalismus zu befördern und nach der Wählerschaft der AfD zu schielen, ist eine Scheindebatte. Die nebulösen Formulierungen von einer „Neugründung der EU“, eines „alternativen Europas“, von der Notwendigkeit der Schaffung einer „europäischen Öffentlichkeit“ können der Standortpolitik der Nationalstaaten nichts Wirksames entgegensetzen, weil sie keine realistische Grundlage haben.

Die EU als Quasistaat steht nicht an. Die entscheidenden Machtmittel des bürgerlichen Staats – Militär, Polizei, Justiz – bleiben bei den Mitgliedstaaten. Die auf Interessengegensätzen beruhenden Widersprüche zwischen den monopolistischen Kapitalen verschmelzen nicht in einem EU-Staat,

sondern verschärfen sich. Das Überleben des Euro ist nicht gesichert. Die Rivalitäten zwischen den Nationalstaaten der EU nehmen zu.

Die Arbeiterklasse in Deutschland muss sich im eigenen Interesse vom Nationalismus lösen, vom deutschen und von der Propagierung einer angeblichen Interessenidentität in Europa. Es gibt keine gemeinsamen Interessen mit dem Monopolkapital. „Wir überlassen die Europäische Union nicht den Erfüllungsgehilfen von Finanzkapitalismus und Standortkonkurrenz“, steht im Linksparteiprogramm. Gut. Und was bedeutet das, hier und heute?

Diese Frage beantwortet das DKP-Wahlprogramm: „Der Widerstand in Europa trägt in der gegenwärtigen Etappe vor allem Abwehrcharakter. Die Aktionen müssen europaweit stärker als bisher abgestimmt werden. Die Hauptadressaten dieser Kämpfe

der europäischen Arbeiterbewegung sind dabei nicht die EU-Zentrale und auch nicht das EU-Parlament. Die Überwindung von nationaler Borniertheit zugunsten der solidarischen und internationalistischen Zusammenarbeit entwickelt sich auf der Ebene des gemeinsamen Kampfes der europäischen Arbeiterbewegung in den Betrieben, den Verwaltungen, auf der Straße und nicht auf den Fluren und in den Sitzungssälen der Behörden und Institutionen der EU in Brüssel, Luxemburg oder Strasbourg.“

Deutschland ist der stärkste imperialistische Staat in der EU. Es hegt Weltmachtambitionen. Die deutsche Linke hat deshalb eine besondere Verantwortung dafür, nach der Parole zu handeln: Der Hauptfeind steht im eigenen Land und heißt deutscher Imperialismus!



Andreas Wehr

FASSADENDEMOKRATIE

Lohnt der Kampf um Mandate im Europäischen Parlament?

Die Legitimation der Europäischen Union schwindet. Hatten laut Eurobarometer im Mai 2007 noch 57 Prozent der Unionsbürger „Vertrauen in die Europäische Union“, waren es im Mai 2013 nur noch 31 Prozent. Am größten war der Vertrauensschwund dort, wo Brüssel eine rigide Austeritätspolitik diktiert, etwa in Spanien, wo die Zustimmung von 52 auf acht Prozent fiel, oder in Griechenland, wo 2007 noch 41, 2013 hingegen nur noch neun Prozent der EU trauten. Selbst in Deutschland, das laut Kanzlerin Merkel „gestärkt aus der Krise“ hervorgegangen ist, halbierte sich die Zustimmung von 56 auf 29 Prozent.

Die im Mai anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament sollen der Union verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen. Dann, so heißt es, bekomme der „europäische Souverän“ das Sagen und könne sich per Stimmzettel für die eine oder andere Richtung in der europäischen Politik entscheiden.

Doch solche Wahlen sind schon auf nationaler Ebene oft nur noch ein folgenloses Ritual, denn immer weniger gibt es dabei zu entscheiden. Egal, welche der dominanten Parteien gewählt wird, am Ende erhält man doch dieselbe Politik. Es wechseln die Köpfe, aber nicht die Inhalte. So war es wieder jüngst nach den Bundestagswahlen: Die neue Koalition von CDU/CSU und SPD setzt die neoliberale Politik der zuvor abgewählten schwarz-gelben Koalition fort, von einigen Nuancen abgesehen.

Wer bestimmt den Kommissionspräsidenten?

Noch weniger haben die Wählerinnen und Wähler auf europäischer Ebene zu entscheiden, das Europäische Parlament (EP) genügt nicht einmal den Mindestvoraussetzungen einer Volksvertretung. Es fehlen ihm schlicht und einfach die Kompetenzen, die einem echten Parlament nun einmal eigen sind.

Zwar soll das EP die Legislative der Union sein, doch hat es keinen Zugriff auf die Kommission als die Exekutive der Union. Den Präsidenten der Kommission kann es nicht wirklich wählen. Er wird vielmehr vom Europäischen Rat, dem Gremium der Staats- und Regierungschefs der 28 Mitgliedsländer, ernannt. Das Parlament darf ihn anschließend lediglich bestätigen. Zwar heißt es seit Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags, dass das Parlament den Kommissionspräsidenten „wählt“ und nicht – wie bis dahin – „bestätigt“. Doch in der Sache hat die veränderte Wortwahl nichts verändert. Weiterhin ist es allein der Rat, der den Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten vorschlägt. Und da dem Parlament immer nur ein Kandidat präsentiert wird, kann von einer echten Wahl nicht gesprochen werden. Das EP hat weiterhin nur das Recht, den vom Rat zuvor Ausgewählten zu bestätigen oder abzulehnen. Und sollte es ihn einmal wirklich ablehnen, so ist es abermals Aufgabe

des Rats, anschließend einen neuen Kandidaten zu präsentieren.

Mit dem Lissabonner Vertrag ist nun eine Formulierung in den EU-Vertrag aufgenommen worden, mit der angeblich die Rechte des Parlaments bei der Auswahl des Kommissionspräsidenten gestärkt werden. In Artikel 17 EU-Vertrag heißt es: „Dabei [bei seinem Vorschlag] berücksichtigt er [der Rat – A.W.] das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament.“ Diese Formulierung ist aber hinreichend unbestimmt und schwammig, um dem Rat bei der Auswahl des Kommissionspräsidenten weiterhin freie Hand zu lassen.

Bundeskanzlerin Merkel hat bereits klargelegt, dass sie nicht daran denkt, sich bei der Benennung des neuen Kommissionspräsidenten durch den Ausgang der Europawahlen binden zu lassen. Die Süddeutsche Zeitung schrieb dazu am 7. März 2014: „Trotz der Mahnungen aus dem EU-Parlament bleibt unsicher, ob die Staats- und Regierungschefs tatsächlich den Spitzenkandidaten der siegreichen Parteienfamilie zum Kommissionspräsidenten wählen werden. Sie könnten sich nach der Wahl am 25. Mai auch für einen aktuellen Regierungschef entscheiden.“

Diese neue, aber weitgehend unverbindliche Bestimmung wird nun zum Anlass genommen, um dem Parlament die Weihe einer echten Legislative zu geben. Gegenwärtig wird suggeriert, dass es bei den Wahlen im Mai entscheidend darauf ankomme, welche Liste der verschiedenen europäischen Parteienfamilien die meisten Sitze im EP erringe, da deren Spitzenkandidat anschließend quasi automatisch der nächste Kommissionspräsident werde. Vor allem die Sozialdemokraten haben darauf ihre Wahlstrategie gegründet. Und ihr Spitzenkandidat Martin Schulz sieht sich denn auch schon als nächster Präsident der Kommission.

Auch die anderen politischen Formationen sind auf diesen Zug aufgesprungen. Die europäischen Liberalen und Grünen nominierten gleich zwei Spitzenkandidaten, und die Europäische Linkspartei präsentierte auf ihrem Parteitag im Dezember 2013 in Madrid den Vorsitzenden des griechischen Linksbündnisses Syriza, Alexis Tsipras, als gemeinsamen Kandidaten, obwohl von ihm bekannt ist, dass er auch nach

den Europawahlen Politik in Athen treiben wird und daher nicht daran denkt, als Europaabgeordneter nach Straßburg zu gehen. Auch ist die Benennung eines linken Spitzenkandidaten wenig glaubwürdig, da im neu zu wählenden Parlament von 751 Mitgliedern wahrscheinlich nicht mehr als 40 bis 50 linke Europa-Abgeordnete sitzen werden, die Tsipras dann unterstützen könnten. Doch dazu wird es gar nicht kommen, da ihn der Rat niemals vorschlagen wird. Anstatt sich also an diesem schein-demokratischen Manöver zu beteiligen und es damit zu billigen, hätte die Europäische Linkspartei sehr viel besser daran getan, darüber aufzuklären, dass es bei der Auswahl des Kommissionspräsidenten beim undemokratischen Verfahren bleibt, bei dem das Parlament weiterhin ohne Probleme übergangen werden kann, da es weiterhin der Rat und damit die Mitgliedsländer sind, die darüber bestimmen, wer Kommissionspräsident wird.

Ein Scheinparlament

Dem Europäischen Parlament wird aber nicht allein das Recht vorenthalten, den Kommissionspräsidenten wirklich wählen zu können, es besitzt auch nicht das Initiativrecht, was bedeutet, dass es keine Gesetze vorschlagen kann. So kann es nicht einmal die von ihm mitbeschlossenen Richtlinien und Verordnungen überarbeiten oder aufheben, sollte es das einmal für nötig halten. Nehmen wir die umstrittene Dienstleistungsrichtlinie, den „Bolkesteinhammer“, wodurch Lohndumping vor allem in den Niedriglohn-Branchen stark ausgeweitet wurde, als Beispiel. Selbst in dem sehr unwahrscheinlichen Fall, dass sich eine Parlamentsmehrheit fände, diese vom EP mitbeschlossene Richtlinie zurückzunehmen, so hätte das Parlament keine Befugnis für eine solche Initiative, denn ausschließlich die Kommission ist berechtigt, Gesetzgebungsakte vorzuschlagen. Und sie tut das nur dann, wenn sie sich vorher der Zustimmung des Rats sicher ist, denn der Rat, das Organ der Mitgliedstaaten, ist nun einmal das Machtzentrum der Union.

Nun heißt es oft, das Parlament sei nach dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags dem Rat bei der Gesetzgebung weitgehend gleichgestellt, teilen sich jetzt doch beide Organe gemeinsam dieses Recht. Selbst der Haushalt der Union käme ohne Billigung des Parla-

ments nicht zustande. Doch tatsächlich änderte sich die Machtverteilung in der EU dadurch nicht. Trotz hinhaltenden Widerstands musste sich das Parlament bereits bei der ersten Entscheidung über das Budget, bei der Festlegung der mittelfristigen Finanzplanung, vollständig dem Willen des Rats beugen. Und dies konnte auch garnicht anders sein, sind es doch die im Rat vertretenen Mitgliedstaaten, die die Mittel der Union bestreiten. Das Europäische Parlament verfügt eben nicht – wie jedes normale nationale Parlament – über das Budgetrecht.

Im Europa-Wahlkampf soll über die tatsächliche Machtverteilung in der EU nicht gesprochen werden, könnte doch das Parlament als das erkannt werden, was es in Wahrheit ist: der schöne Teil einer „Fassadendemokratie“ (Sarah Wagenknecht). Für die Kritiker der EU stellt sich daher die Frage: Lohnt es überhaupt, zu einem solchen Parlament zu kandidieren? Es lohnt, denn selbst ein solch machtloses Gremium darf nicht den Befürwortern von immer „mehr Europa“ überlassen werden. Da ist es die Pflicht, auch nicht die kleinste Chance zu vergeben, wenn es darum geht, neoliberalen Sozial- und Demokratie-Abbau zu verhindern oder auch nur zu verzögern. Dies ist zwar mit Hilfe des Parlaments bisher nur äußerst selten gelungen, dennoch muss dieser Kampf – ohne Illusionen über den Charakter dieser Einrichtung zu haben – tagtäglich geführt werden. Da ist zum anderen die Möglichkeit, durch die Präsenz im Parlament an Informationen heranzukommen, die man anders nicht erhält. Solche Informationen sind wichtig für den vornehmlich außerparlamentarisch geführten Kampf gegen die Politik der EU. Und schließlich ist das Europäische Parlament in einer Frage ganz und gar kein Scheinparlament. Denn was die fürstlichen Diäten sowie die finanziellen und personellen Ressourcen für die Arbeit der Abgeordneten und Fraktionen angeht, so sollten sie genutzt werden, um mit ihnen den Widerstand gegen die europaweite neoliberale Politik und den von Brüssel aus betriebenen Demokratie-Abbau zu unterstützen. Der Kampf um die Mandate lohnt also!



WELCHES EUROPA WILL DIE ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND?

Von der Partei Alternative für Deutschland (AfD) heißt es, sie sei „europafeindlich“. Sie wolle den Euro abschaffen und an seine Stelle die DM einführen. (...)

Doch was ist die Position der AfD zur einheitlichen Währung genau, und welche Haltung nimmt sie gegenüber der Europäischen Union insgesamt ein? Auf ihrem Parteitag am 22./23. März 2014 in Erfurt hat sie ihr Programm für die Wahl zum Europäischen Parlament verabschiedet, das Auskunft darüber gibt. Zuvor gab es nur ein wenige Seiten umfassendes Programm zu den Bundestagswahlen. Dieses Papier war, was den Euro betrifft, eindeutig: „Wir fordern eine geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebietes. Deutschland braucht den Euro nicht. Anderen Ländern schadet der Euro. (...) Die Wiedereinführung der DM darf kein Tabu sein.“

In ihrem Europawahlprogramm aber spricht die AfD nicht mehr vom Euro an sich, sondern nur noch vom „Einheits-Euro“. Das scheint zwar nur eine andere, zu vernachlässigende Wortwahl zu sein, doch es steckt mehr dahinter. Sehen wir uns die Aussagen zum „Einheits-Euro“ also genau an, schließlich ist die Kritik der AfD an der gemeinsamen Währung ihr Markenzeichen. Unter der Überschrift „Für eine flexiblere Währungsordnung“ heißt es: „Die AfD fordert eine Auflösung, zumindest aber eine vollständige währungspolitische Neuordnung des Euro-Währungsgebietes. Als erster Schritt muss dazu jedem Land das Recht eingeräumt werden, die Eurozone zu verlassen, ohne aus der EU auszuschneiden. Davon sollten die Länder Gebrauch machen, die die Bedingungen der Währungsunion nicht erfüllen können oder wollen. Andernfalls sollten die stabilitätsorientierten Euroländer unter sich ein kleineres, am Maastricht-Vertrag angelehntes Währungssystem bilden. (...) Wenn keine dieser beiden Lösungen erreicht werden kann, muss Deutschland den Austritt aus der Euro-Währungsunion anstreben.“

Anders als vielfach angenommen, fordert die AfD also keineswegs die Abschaffung der gemeinsamen Währung und die Wiedereinführung der DM. Die DM wird im gesamten Programm nicht einmal erwähnt. Gefordert wird auch nicht mehr, wie noch im Bundestagswahlprogramm, „die Wiedereinführung nationaler Währungen“, sondern vielmehr die „vollständige währungspolitische Neuordnung des Euro-Währungsgebietes“. Wie diese „Neuordnung“ auszusehen hat, wird unzweideutig klargelegt: Es sollen die Euroländer gehen, „die die Bedingungen der Währungsunion nicht erfüllen können oder wollen“. Die anderen, die „stabilitätsorientierten“, sollen anschließend „unter sich ein kleineres, am Maastricht-Vertrag angelehntes Währungssystem bilden“. Erst wenn das alles nicht möglich ist, „muss Deutschland den Austritt aus der Euro-Währungsunion anstreben“. Wohlgedenkt: Nur anstreben, er wird nicht verlangt. Im Bundestagswahlprogramm hieß es hingegen noch vollmundig: „Deutschland braucht den Euro nicht“. Die AfD ist also gar nicht mehr grundsätzlich gegen den Euro. (...)

„Stabilitätskultur“ und „Haushaltsdisziplin“

Auskunft darüber, wie in der AfD gedacht wird, gibt das Buch *Tatort Euro* [1] von Joachim Starbatty. Der Autor ist emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre und laut Klappentext des Buches ein „leidenschaftlicher Europäer“. Auf jeden Fall ist er aber ein echter Neoliberaler, ist er doch Vorsitzender der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“. Starbatty kandidiert für die AfD auf Platz 5 ihrer Liste zu den Wahlen für das Europäische Parlament und hat daher gute Chancen, im Mai gewählt zu werden. Auch ihm geht es nicht um eine Abschaffung des Euro oder gar um den Kampf gegen die EU, sondern allein um die Effektivierung des Systems. (...)“ [2]. Ein „stabiler Euro“ ist dabei nur die übliche Umschreibung für eine „Stabilitätskultur“,

deren Beschwörung regelmäßig dazu dient, Druck auf Löhne und Sozialleistungen auszuüben. Der Export dieser „Stabilitätskultur“ ist traditionell das Anliegen Deutschlands. (...)

Damit das Ganze aber nicht zu selbstsüchtig, zu deutsch klingt, ver gießt man ein paar Krokodilstränen über die Not der Länder im Süden sowie Frankreichs: „Der Euro lässt nur eine einheitliche Geldpolitik für alle Mitgliedsländer zu. Weder die Zinsen noch der Wechselkurs können den Bedürfnissen der einzelnen Volkswirtschaften angepasst werden. Die Einheitswährung hat dazu geführt, dass der Euro für den Süden Europas sowie für Frankreich überbewertet ist. Der Euro fördert die Importe in diese Länder und behindert deren Exporte. Die Folge sind krisenhafte Leistungsbilanzdefizite, Wachstumseinbrüche und dramatische Zuwächse der Arbeitslosenzahlen, insbesondere bei den Jugendlichen.“ Linke und alternative Wirtschaftswissenschaftler würden das nicht anders formulieren. Doch von Seiten der AfD ist diese Kritik wohlfeil, beklagt sie sich doch nur wenige Zeilen später über die Reformunwilligkeit dieser Länder, die dazu führt, Deutschland die Schuld für die Misere zu geben: „Da die Reformen im Süden der Eurozone und in Frankreich bisher ungenügende Resultate erzielt haben, wird zunehmender Druck auf Deutschland ausgeübt, seine Wettbewerbsvorteile abzubauen.“ (...)

In dem Ziel der „Rettung des Euro“ durch die „Rückkehr zu einer europäischen Stabilitätskultur“ und zur „Haushaltsdisziplin“, sind sich Starbatty und mit ihm die AfD ganz und gar einig mit Merkel, Schäuble, Gabriel und Steinmeier. Unterschiedliche Ansichten gibt es zwischen den etablierten Parteien und der AfD lediglich über den Weg dorthin, denn anders als CDU/CSU und SPD glauben Lucke, Starbatty und die anderen nicht daran, dass sich die Eurozone in ihrer jetzigen Zusammensetzung aufrechterhalten lässt. (...)

Die Forderung von Starbatty und der AfD nach einer „flexibleren Währungsordnung“ ist nicht neu. Dies war bis 2012 auch das Ziel der Schwarz-Gelben Regierungskoalition und damit verbunden der Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone als eine mögliche Option. So hatte im März 2010 Bundeskanzlerin Merkel im Bundestag die Revision der europäischen Verträge verlangt, um möglichst zu machen, „ein Land aus dem Euro-Raum auszuschließen, wenn es die Bedingungen langfristig immer wieder nicht erfüllt.“ (...)

Doch die Bundesregierung korrigierte im Oktober 2012 ihren Kurs. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble erklärte in Singapur: „I think, there will be no, it will not happen that there will be a Staatsbankrott in Greece.“ Die Finanzmärkte hatten ihm zuvor auf einer Tagung des Internationalen Währungsfonds in Tokio zu verstehen gegeben, dass, sollte auch nur ein Land fallengelassen werden, die gesamte Eurozone von ihnen als hinfällig angesehen wird. Griechenland musste daher in ihr bleiben und wird mit weiteren Hilfspaketen ausgehalten.

Keine „europafeindliche“ Partei

Doch bei dieser Korrektur des Kurses der alten Bundesregierung blieb es nicht: Gegen den Widerstand des Präsidenten der Bundesbank Jens Weidmann und des deutschen Mitglieds im Direktorium der Europäischen Zentralbank (EZB) Jürgen Stark nahm die Bundesregierung den Beschluss der Bank zum unbeschränkten Ankauf von Staatsanleihen gefährdeter Euroländer hin. Stark trat daraufhin zurück. Keinen Widerstand leistete die Bundesregierung auch bei der schrittweisen Absenkung des EZB-Leitzinses auf nahe Null, wodurch sich Staaten wie Spanien und Italien günstiger an den Finanzmärkten finanzieren können. Dabei wird zugleich einkalkuliert, dass die Zeche der Krise nicht die Banken, sondern am Ende die Bürger mit der Entwertung ihrer Sparguthaben und Lebensversicherungen zahlen werden.

Entstehung und Aufstieg der „Alternative für Deutschland“ wären ohne diese jähren Wendungen in der Politik von CDU/CSU und FDP nicht möglich gewesen. Ihre Forderungen von heute sind die Parolen dieser Parteien von gestern. (...)

Die AfD ist alles andere als eine „europafeindliche“ Partei. Das Europawahlprogramm ist hier eindeutig: „Die Alternative für Deutschland (AfD) bekennt sich uneingeschränkt zu einer Europäischen Union, die der Aufklärung sowie dem Streben der Völker nach Menschenrechten und Demokratie gerecht wird und die die Wertegrundlagen des christlich-abendländischen Kulturkreises dauerhaft erhält.“ Sie „bejaht und verteidigt den Binnenmarkt als die größte Errungenschaft der Europäischen Union. Sie befürwortet die vier Grundfreiheiten der EU: freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital“. Es ist ein Ja zu jenem Binnenmarkt, der es vor allem deutschen Monopolkonzernen ermöglicht, schwächere Unternehmen in der europäischen Peripherie niederzukonkurrieren.

Stärkung des Binnenmarkts und zugleich Verteidiger der Demokratie?

Geht es nach der AfD, so soll dieser mörderische Konkurrenzkampf sogar noch schärfer werden. Bereits im Bundestagswahlprogramm war zu lesen: „Wir unterstützen nachdrücklich die Positionen (des britischen Premierministers – A.W.) David Camerons, die EU durch mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung zu verschlanken.“ Jetzt tritt die AfD in ihrem Europawahlprogramm dafür ein, „auch bisher geschützte Wirtschaftsbereiche dem Wettbewerb zu öffnen“. In monopolistischen Sektoren (z. B. in infrastrukturbasierten Branchen wie der Kommunikation, der Versorgung oder des Verkehrs) sollte das Monopol auf den unverzichtbaren Dienstleistungskern reduziert werden, während wettbewerbsgeeignete Bereiche liberalisiert werden sollen

Ganz unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Verwertung steht auch die geforderte Zuwanderungs- und Asylpolitik. Anders als man es vermuten könnte, verlangt die Partei nicht die Einschränkung dieser Rechte: „Die AfD tritt für ein offenes und ausländerfreundliches Deutschland ein und bejaht sowohl die Niederlassungsfreiheit als auch die Arbeitnehmerfreizügigkeit.“ Dies fordert sie aber nicht etwa aufgrund humanitärer Erwägungen, sondern nur sofern es dem Wirtschaftsstandort Deutschland nutzt: „Unsere demographische Entwicklung erfordert

eine qualifizierte Zuwanderung, durch welche die Versorgung einer alternden Bevölkerung ebenso sichergestellt werden kann wie der Bedarf der Wirtschaft an hochqualifizierten Arbeitskräften.“

Die Alternative für Deutschland setzt sich „für mehr Demokratie und gegen EU-Zentralismus“ ein. Angeprangert wird der „Drang der EU nach Harmonisierung, Reglementierung und Zentralisierung“. (...) Zugleich soll der europäische Zentralismus geschwächt werden. Dem dient „die massive Reduzierung der Aufgaben und Ausgaben der EU“. Man versteigt sich sogar zu der Forderung nach „Halbierung der Anzahl der EU-Beamten von derzeit 50.000 innerhalb von sieben Jahren“.

Die Partei fordert demnach einen stärkeren Binnenmarkt mit mehr Wettbewerb, etwa im europäischen Bahnverkehr, zugleich aber wendet sie sich gegen einen Ausbau der EU-Bürokratie und kritisiert die mit ihr einhergehende Entdemokratisierung. Damit aber widerspricht sie sich selbst, denn der so gescholtene europäische Zentralismus ist Voraussetzung dafür, dass der Binnenmarkt überhaupt funktionieren kann. (...)

Dieser zentrale Widerspruch im Programm der AfD zwischen der Forderung nach Entbürokratisierung, Dezentralisierung und Stärkung demokratischer Teilhaberechte einerseits und dem Eintreten für mehr Wettbewerb und Binnenmarktfreiheiten andererseits ist typisch für nahezu alle rechtspopulistischen Parteien in der EU. Die jeweils an ihrer Spitze stehenden neoliberalen Eliten versuchen, beim Kampf um politischen Einfluss und nicht zuletzt auch um staatlich gewährte Pfründe, d. h. um gut dotierte Mandate, Wahlkampfkostenerstattungen und Ministerposten, die etablierten Parteien regelmäßig dadurch auszustechen, dass sie populistisch an Kritiker der Aushöhlung der Demokratie appellieren und sich zu Verteidigern der Demokratie aufschwingen.

Antikapitalistische Kräfte, die gegen die Europäische Union kämpfen, wissen aber, dass die von der EU ausgehende Gefahr für die Demokratie von dem Druck des monopolisierten Kapitals herrührt, das die Errichtung eines unbeschränkten Binnenmarktes und eine militärisch gesicherte Weltmachtrolle



der EU auf Biegen und Brechen durchsetzen will. Wer diese Kräfte nicht als die eigentlichen Gegner ins Visier nimmt, führt Wähler, die Bürokratisierung, Zentralisierung und Demokratieabbau durch die Europäische Union ablehnen, hinters Licht. Genau das aber versucht die Alternative für Deutschland.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Joachim Starbatty, Tator Europa, 2. Auflage, Europa Verlag, Berlin 2013
[2] Joachim Starbatty, a. a. O., S. 220

Gekürzt und mit Zwischenüberschriften versehen von T&P. Wir danken dem Autor und der jW für die Genehmigung zum Abdruck.



Renate Münder

RUFMORD: NATIONALISMUS

Es gab eine Zeit, als die Kommunisten als vaterlandslose Gesellen beschimpft wurden, weil sie den Klassengegensatz als übernational, als grundlegender als das Verhältnis zur Nation ansahen. Und dennoch, oft waren sie es in der Geschichte, die die wahren Interessen der Nation gegen die Bourgeoisie verteidigen mussten, die immer bereit war, das Schicksal des Volkes für ihre Profite zu verkaufen. Heute sehen sich die Kommunisten umgekehrt dem Vorwurf ausgesetzt, sie seien Nationalisten. Wegen der Aussage „Nein zu dieser EU!“ werden sie als „rechtspopulistisch“ diffamiert – solche Slogans würden sonst nur Reaktionäre und Faschisten verwenden, heißt es.

Marx und Engels hätten ob dieses fehlenden dialektischen Verständnisses nur müde gelächelt: „Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muss, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.“ Das Proletariat, so heißt es im Kommunistischen Manifest, „muss natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden“. Und – so wird dort betont – dass der Klassenkampf des Proletariats zwar „seiner Form nach national ist, dem Wesen nach international“.

Doch zurück zu der heutigen Kontroverse: Schaut man sich die Homepage der NPD an, findet man zwar nicht „Nein zu dieser EU!“, sondern „Eine Volksabstimmung über den Austritt Deutschlands aus der EU“, was wir nicht fordern. Würde die NPD „Nein zu dieser EU!“ tatsächlich verwenden,

müssten wir sicherlich überlegen, wie wir damit umgehen, um den Eindruck gleicher Positionen zu vermeiden. Doch das Problem liegt tiefer. Es gibt durchaus Parallelen oder sogar direkte Übereinstimmung bei manchen Aussagen. Auf der Homepage der NPD stehen folgende Forderungen: „Die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO, die seit 1999 mehrere völkerrechtswidrige Angriffskriege geführt hat, ist aufzukündigen.“ „Sofortige Beendigung aller deutschen Auslandseinsätze und Rückholung der Truppen.“ „Hartz IV muss weg!“ oder gar „Kapitalismus abschaffen.“ Das alles fordert die NPD auf Plakaten, Aufklebern usw.: Ernst gemeint? Natürlich nicht. Alles falsch? Natürlich nicht.

Die von Leo Mayer und seiner Truppe vollzogene Absage an die Leninsche Imperialismus-Theorie hat bei vielen Genossinnen und Genossen dazu geführt, dass sie gleich bei der Totalitarismus-Theorie angekommen sind. Dabei verwendet sie die Bourgeoisie noch genauso gerne gegen uns wie in der Vergangenheit: Rechts = links, Hitler = Stalin; Kommunisten = „rot lackierte Faschisten“ (SPD-Schumacher) usw. Solche Miltreiter zu haben, sollte Misstrauen wecken.

In ihrem Drang uns zu diffamieren, ignorieren unsere innerparteilichen Gegner die bekannte Methode der Faschisten, von der Arbeiterbewegung Symbole, Kampfformen, Losungen bis hin zum Namen zu übernehmen. Haben sich die Sozialisten deshalb umbenannt, ihre Lieder nicht mehr gesungen und die rote Fahne verbrannt? Dass dann die Bourgeoisie von Rechts- und Linkspopulismus faselt ist der erwünschte Effekt. Auch Sarah Wagenknecht wird

von der bürgerlichen Presse unterstellt, sie vertrete das Gleiche wie die AfD. „Der Spiegel“ verdrehte ihr das Wort im Mund, behauptete, dass sie den Ausstieg aus dem Euro wolle. Auch sie eine Nationalistin? Ihre Antwort über den Unterschied zur AfD: „Einer der Spitzenkandidaten der AfD ist der frühere Wirtschaftslobbyist Hans-Olaf Henkel, der Zeit seines Lebens für Lohnsenkungen, Sozialabbau und Rentenkürzungen geworben hat. Er will noch mehr Ungleichheit und Umverteilung nach oben, wir fordern, dass die Reichsten und die Profiteure der ganzen Fehlentwicklungen jetzt auch über eine drastische Vermögensabgabe die Kosten tragen. Das ist das Gegenteil des Programms der AfD.“ [1]

Der Druck der Reaktion hat dazu geführt, dass die Linkspartei ihre eigene Programmatik auf dem letzten Parteitag in Hamburg revidierte und folgende Passage gestrichen wurde: „Spätestens seit dem Vertrag von Maastricht wurde die EU zu einer neoliberalen, militaristischen und weithin undemokratischen Macht, die nach 2008 eine der größten Krisen der letzten 100 Jahre mit verursacht“ [2]. Kein sehr weitgehender, aber richtiger Satz.

Beim Vergleich dieses Satzes mit der Programmatik der AfD wird man nicht weit kommen. Genauso ist die Behauptung einer Ähnlichkeit zwischen der Programmatik der DKP und der Programmatik der AfD oder der Neofaschisten ein plumper demagogischer Trick. Weder die AfD noch die NPD sind wirklich gegen die EU. Die AfD lehnt die EU nicht grundsätzlich ab, sie bekennt sich zur Europäischen Union und vor allem zum gemeinsamen Binnenmarkt, der schließlich im Interesse

der Monopole ist. Die AfD bezieht noch nicht einmal grundsätzlich gegen den Euro Stellung, sie denkt an die „Schaffung kleinerer und stabilerer Währungsverbände.“ (Ausführlich dazu der Artikel von A. Wehr „Welches Europa will die Alternative für Deutschland?“ in diesem Heft). Und bei der NPD findet man zwar Plakate gegen den Euro, aber nicht generell gegen die EU.

Im Wahlprogramm der DKP heißt es: „JA zum Europa der Solidarität und des Widerstands gegen die EU! NEIN zum Europa der Banken und Konzerne.“ Nationalistisch?

Die Forderung „Nein zu dieser EU“ steht im Wahlprogramm nie allein für sich, sondern sie wird immer konkretisiert: „Nein zu dieser EU! Nein zum Diktat der Troika! Ja zum Schuldschnitt für die in Armut gestoßenen EU-Länder!“ oder „Nein zu dieser EU! Nein zur Vorherrschaft des deutschen Imperialismus! Ja zur internationalen Solidarität! Nein zu Krieg und Militarismus!“ „Nein zu dieser EU! Ja zu einer Welt des Friedens, der Solidarität und der Gleichberechtigung! Nein zu Demokratieabbau und Überwachung! Ja zur Verteidigung unserer demokratischen Rechte!“ usw. Was ist daran falsch oder rechtspopulistisch?

Was wir allerdings deutlich sagen – und daran stoßen sich die EU-Transformer – ist, dass der Widerstand gegen die EU auf nationalstaatlicher Ebene geführt werden muss, weil die Institutionen der EU kaum Möglichkeiten dazu liefern (siehe dazu den Artikel „Fassadendemokratie“ von Andreas Wehr in diesem Heft). Immer wieder zeigt sich die Imperialismus-Analyse als Kern der Differenzen – die EU als supranationale Vereinigung oder als imperialistisches Konstrukt, von den Reaktionären Robert Schuman (einem Nazi-Kollaborateur) und Konrad Adenauer im Interesse der großen Monopole ins Leben gerufen.

Nicht durch Grundsatzkritik an der EU wird der Boden für Nationalismus und Rassismus bereitet, sondern durch Sozialpartnerschaft und die Ausrichtung der Belegschaften auf Ziele der Standortpolitik, wie sie sozialdemokratische Kräfte in den Gewerkschaften unterstützen. Auf diese Weise wird die Konkurrenz der Betriebe und Staaten untereinander geschürt, die Nation wird zur Leistungsgemeinschaft, und die internationale Solidarität wird untergraben. Wenn Lohndumping und die Verlängerung der Arbeitszeit, ohne dass die Stunden entlohnt werden, als Grundlage für die Sicherung der Arbeitsplätze gelten, herrscht Wettbewerbsideologie. Dagegen kann das Ge-

rede von einem demokratischen und sozialen Europa nicht bestehen, dieses kann nur auf der materiellen Grundlage des Klassenkampfes, auf der Grundlage der Arbeitereinheit entstehen. Den Völkern Europas (und der ganzen Welt) würde am meisten die Entwicklung der revolutionären Bewegung in der BRD und die Entlarvung und Bekämpfung des deutschen Imperialismus nützen – ihn daran zu hindern, die Ausbeutung weiter zu verschärfen und fremde Völker zu überfallen. Damit würde der Imperialismus als ganzer geschwächt. „Es gibt nur einen wirklichen Internationalismus – die hingebungsvolle Arbeit an der Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes im eigenen Lande, die Unterstützung (durch Propaganda, durch moralische und materielle Hilfe) eben eines solchen Kampfes, eben einer solchen Linie und nur einer solchen allein in ausnahmslos allen Ländern.“ [3]

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Interview mit Sarah Wagenknecht, Das Gegenteil des Programms der AfD, Junge Welt 17. 2. 2014
- [2] Andreas Wehr, Mehr Europa? Junge Welt 15. 2. 2014, S. 3
- [3] W. I. Lenin, Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, Lenin Werke Bd. 24, S. 60



Anton Latzo

ANTIKOMMUNISMUS IN DER EU

Der Antikommunismus ist Ideologie und Politik der Verteidiger des kapitalistischen Systems. Er zielt auf die Spaltung und Vernichtung der Träger des gesellschaftlichen Fortschritts, vor allem in der Arbeiterklasse und der marxistisch-leninistischen Partei, sowie auf die Bekämpfung des wissenschaftlichen Sozialismus in Theorie und Praxis. Konzept und Praxis des Antikommunismus leisten damit eine wichtige Unterstützung der antidemokratischen und reaktionären Entwicklungen der kapitalistischen Gesellschaft.

Die EU im Zeichen des Antikommunismus

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), gegründet am 25. 3. 1957, sollte von Anfang an – unter Ausnutzung der objektiven Gesetze der kapitalistischen Entwicklung – die Klasseninteressen der Monopolbourgeoisie zur Geltung bringen und die imperialistischen Mächte über alle Widersprüche hinweg zum einheitlichen Kampf gegen den gesellschaftlichen Fortschritt und gegen die ihn tragenden revolutionären Kräfte zusammenführen. Die Gründung

war eine der politischen Antworten auf die Entstehung des sozialistischen Weltsystems, auf die damals gewachsene Kampfkraft der Arbeiterbewegung in den westeuropäischen Ländern und auf die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses nach dem 2. Weltkrieg. In den Römischen Verträgen kam dies in der Bekundung zum Ausdruck, „durch diesen Zusammenschluss (...) Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen“. Dass die *Freiheit* damals nur durch die Kommunisten und ihre Verbündeten bedroht sein konnte, musste nicht erklärt werden.



Zielstellung der BRD

Das spezifische Anliegen des deutschen Imperialismus, auf den westeuropäischen Märkten vorzudringen und die politische Isolation zu durchbrechen, brachte der intime Kenner von Konzept und Politik des deutschen Monopolkapitals und Mitglied der Bonner Verhandlungsdelegation beim Abschluss des EWG-Vertrags, Hans von Boeckh, so zum Ausdruck: „Früher pflegte man große Ereignisse dieser Art durch Feldherren, Generäle und Schlachten zu gestalten. Heute machen wir es mit Verträgen; ich glaube, dass das, was wir auf diese Weise mit juristischen Artikeln geschaffen haben, mindestens ebenso gut, hoffentlich besser und auch beständiger ist“. [1]

Was mit dem „Drang nach Freiheit“ tatsächlich gemeint war, machte 1962 z. B. der Freiherr von und zu Guttenberg – rechte Hand Kurt-Georg Kiesingers – des damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten, deutlich: „Die Teilung Deutschlands überwinden heißt, die Teilung Europas überwinden. Wie Deutschland, so ist Europa in einen freien und einen sowjetischen Teil getrennt. Nur durch einen grundsätzlichen Wandel der sowjetischen Absicht ist das Ende der kommunistischen Herrschaft in Deutschland zu erreichen. Sollte dieser Wandel aber eintreten, dann hat auch die Stunde der Freiheit für die Polen, Tschechen, Ungarn und anderen Völker der Sowjetherrschaft geschlagen“. [2]

Zweifelsohne bildete und bildet die objektive Tendenz zur Internationalisierung des Wirtschaftslebens eine bedeutende Triebkraft für das Streben nach einer europäischen Integration. Ein gewichtiger Faktor aber, der die strategischen Planer und Politiker des Imperialismus zu glühenden Verfechtern eines so genannten geeinten Europas werden ließ, liegt unverkennbar auch in der Absicht, die Perspektive des Sozialismus, den gesellschaftlichen Fortschritt und alle Kräfte zu unterdrücken, die nicht bereit waren, den Kapitalismus als Vorbild anzuerkennen. Diesen Zusammenhang hat Lenin herausgearbeitet: „In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der europäischen Kapitalisten (...) darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien (...)

verteidigen könnte“ [3]. Nicht zuletzt wegen ihrer ausgeprägt antikommunistischen Stoßrichtung unterstützten auch die USA diese Entwicklung.

Die ideologische Dimension

Die Gründung der EWG erfolgte in einer Zeit, in der im antikommunistischen Kampf die ideologische Dimension immer größere Bedeutung gewann. „Unsere NATO-Strategie wurde aufgebaut auf einer Absicherungs- und Verteidigungsstreitmacht gegen die Luft-, Land- und Seemacht des Ostblocks – somit zur Führung eines dreidimensionalen Verteidigungskampfes. Indessen (...) schauen wir auf die vierte Dimension eines Krieges (...). Die Schlachten eines dritten Weltkrieges, ausgekämpft auf der Ebene der vierten Dimension, sind längst im Gange, es ist der Kampf um die Meinungen der Menschen unserer Welt.“ [4]

Im Krieg um die Köpfe waren und sind sowohl die EWG als auch später die EG und die EU [5] wichtige Faktoren. Politik, Kultur und Bildung bis hin zur Unterhaltungsindustrie sollten darauf ausgerichtet werden, die objektive Wirklichkeit durch eine Medienwelt zu ersetzen, um so in den Erkenntnisprozess der Realität durch die Massen und Individuen einzugreifen. Über Fernsehen, Rundfunk, Presse, Film, in den Schulen und in der Armee, über Stiftungen und Auslandspropaganda, über tausend Kanäle der Propaganda-Organisationen der Monopole wird diese Verdummung und ideologische Vergiftung der Menschen pausenlos betrieben, staatlich organisiert, koordiniert und finanziert. Dazu gehört auch die verzerrte Darstellung des Wesens der EU.

Im Laufe der 60er, 70er und 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts wurde die Taktik, wurden aber nicht das Wesen und die Ziele der EU verändert. Es wurden Theorien erfunden, die gegen Ideologie und Strategie der kommunistischen und Arbeiterbewegung ausgerichtet waren: „postindustrielle Gesellschaft“, „Konvergenz“ von Kapitalismus und Sozialismus, „Entideologisierung“ des gesellschaftlichen Lebens usw. Die Meinungsmacher des Imperialismus verbreiteten Begriffe, die aus der Arbeiterbewegung stammen – Revolution, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie – und verkehrten

sie ins Gegenteil. Das Ziel war und ist die ideologische Desorientierung und Entwaffnung der revolutionären Kräfte, die Zerschlagung ihres internationalistischen Zusammenhalts und die Zersetzung ihrer Solidarität im antiimperialistischen Kampf.

Planmäßiger und verstärkter Antikommunismus

Nach der Niederlage des Sozialismus in den europäischen Staaten wurde der Antikommunismus als Schrittmacher reaktionärer Ideologien verstärkt eingesetzt.

Neben zahlreichen anderen Aktionen stehen dafür die antikommunistischen Resolutionen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats von 2006 und 2011, um den Antikommunismus auch in den osteuropäischen Staaten zur Staatsdoktrin zu erheben und ein europaweites Netz des institutionalisierten Antikommunismus zu schaffen. Es wurde ein Koordinierungsprogramm für einen europaweiten antikommunistischen Feldzug erarbeitet, der zur „Ausmerzungen der kommunistischen Ideologie“ führen soll. Es geht nicht mehr um das Management der „Transition“, des Systemwechsels, sondern darum, die einheitliche Richtung, den Weg und das Ziel abzusichern, die inneren Verhältnisse in den ehemals sozialistischen Staaten entsprechend den Erfordernissen der Restauration des Kapitalismus und der Interessen des ausländischen Kapitals zu gestalten.

Unter aktiver Hilfe deutscher Stellen wurden in den osteuropäischen EU-Staaten nationale Komitees zur Durchführung antikommunistischer *Aufklärung* gebildet. Beim Europarat und in allen seinen Mitgliedsländern wurden „Kommissionen zur Untersuchung der Verbrechen des Kommunismus“ eingesetzt. Die Koordinierung und die Zusammenführung der antikommunistischen Kräfte hat eine neue Qualität erreicht.

Im Januar 2013 wurde als gemeinsames Projekt der EU und ihrer Mitgliedstaaten die Europäische Demokratiestiftung (European Endowment for Democracy) vorgestellt, die auf eine Initiative der BRD aus dem Jahre 2005 zurückgeht. Hauptzweck der Stiftung sei es, Demokratie und Stabilität primär in der Nachbarschaft der EU zu fördern.

Sie soll „der EU ein wirksames und flexibles Instrument an die Hand geben, welches weltweit einsetzbar ist.“ Aus dem Fonds sollen politische Parteien, nicht registrierte NGOs, Gewerkschaften und andere *Sozialpartner* unterstützt werden, die ansonsten kaum Zugang zu EU-Mitteln haben. Die Stiftung soll die in dieser Richtung schon bestehenden EU-Kooperationsinstrumente ergänzen (z. B. EIDHR, Civil Society Facility). Geleitet wird die Stiftung von den deutschen EU-Abgeordneten Elmar Brock und Alexander Graf Lambsdorff.

Durch den systematisch betriebenen Antikommunismus werden die Anstrengungen der Imperialisten intensiviert, die Konterrevolution unter der Europa-Flagge zu vollenden und

„etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind, im Einklang mit unseren Nachbarn zu einer **Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potenzial entspricht**“ [Hervorhebung A.L.], wie es der ehemalige Außenminister Klaus Kinkel schon 1993 formulierte [6]. Die Übereinstimmung mit dem Konzept des deutschen Monopolkapitals bei der Gründung der EWG ist nicht zu übersehen!

Konkret wird diese Politik heute in der Ukraine praktiziert, die als „Testfeld für eine neue europäische Außenpolitik, die sich einmisch, Risiken einget und nicht wegguckt“ [7] dient – auf Kosten der dortigen Bevölkerung und friedlicher Bedingungen in Europa.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] H. von Boeckh, Inhalt des Vertrages über den Gemeinsamen Markt, in: Der Gemeinsame Markt – Expertenvorträge der Wirtschaftskonferenz von Königswinter am 22. und 23. März 1957, Bonn 1957. S. 30
- [2] Der Europäische Osten, München 1962, S. 84f
- [3] W. I. Lenin, Werke, Bd. 21, S. 345
- [4] Wehrkunde, 9/1964, S. 484
- [5] Die EWG wurde 1993 in Europäische Gemeinschaft (EG) umbenannt und 2009 mit dem Vertrag von Lissabon in die Europäische Union (EU) überführt.
- [6] FAZ vom 19. März 1993
- [7] www.handelsblatt.com vom 29. 2. 2014



Tibor Zenker

ANTIFASCHISTISCHE AUFGABENFELDER

Im Jahr 2000 beantwortete Kurt Gossweiler in einem Interview, das für das Internationale Kommunistische Seminar in Brüssel geführt und ausgezeichnet wurde, die Frage „Was ist zu tun, um die Möglichkeit eines neuen Faschismus nicht Wirklichkeit werden zu lassen?“ folgendermaßen:

„Erstens: Wir müssen unsere Kraft und unseren Einfluss dafür einsetzen, dass jeder Angriff der Herrschenden auf die in langen Jahrzehnten errungenen demokratischen und sozialen Rechte auf eine möglichst breite und möglichst entschlossene Abwehr stößt.

Zweitens: Wir müssen immer wieder daran erinnern, was die Faschisten über ihr Volk und die ganze Menschheit gebracht haben. Die faschistischen Verbrechen dürfen nicht vergessen und nicht vergeben werden!

Drittens: Wir dürfen nicht müde werden, darüber aufzuklären, wessen Instrument der Faschismus war und nach wie vor ist.

Viertens: Wir müssen unermüdlich Klarheit darüber verbreiten, dass Antikommunismus Begünstigung des Faschismus bedeutet.

Fünftens: Wir müssen die Wahrheit zur Massenerkenntnis machen, dass, solange der Imperialismus herrscht, auch die Gefahr des Faschismus bestehen bleibt. Nur der Sozialismus kann der Menschheit eine Welt ohne Kriege und ohne Faschismus bringen.“

Diese somit umrissenen antifaschistischen Aufgaben der Gegenwart könnten wir nun vielleicht präziser und länger ausführen, dem Inhalt nach ist jedoch nichts hinzuzufügen. (...)

1. Um ein Aufkommen neuer faschistischer Massenbewegungen zu verhindern, gilt es, jedem Versuch einer Faschismusapologie entgegenzutreten. Ein wichtiges Mittel im Kampf gegen ein Erstarren des Faschismus ist die Aufklärung der Massen über den Charakter des Faschismus. Es genügt jedoch nicht, nur den Charakter des Faschismus zu entlarven, sondern es muss auch ein Gegenangebot seitens der revolutionären ArbeiterInnenbewegung geben: dieses Gegenangebot kann eine antimonopolistische Bewegung sein, die sich nicht nur als Defensive gegen die Angriffe des Monopolkapitals (und des Faschismus) versteht, sondern auch als Offensive der Werktätigen in Stadt und Land

gegen die herrschende Klasse, als Offensive, um die ökonomischen und sozialen Kräfteverhältnisse nachhaltig zugunsten der Werktätigen und zuungunsten des Monopolkapitals zu verändern.

2. Die immanente Faschisierung des Staatsapparates, die Möglichkeiten zur Errichtung der offenen autoritär-faschistischen Diktatur über einen Staatsstreich, ist eine sehr ernsthafte Gefahr. Diese Gefahr geht insbesondere von den reaktionärsten Kräften des Konservatismus aus, die mittels ihres Einflusses in bürgerlichen Großparteien eine entsprechende politische Entwicklung vorantreiben und hierbei mitunter von sozialdemokratischen Parteien (mehr oder weniger unwillkürlich) unterstützt werden. Möglich ist, dass diese Kräfte eine Form der Koalition mit neofaschistischen oder „rechtsextremen“ Kräften suchen.

In dieser Hinsicht ist die Aufgabe des Antifaschismus der Kampf gegen den gegenwärtigen Entdemokratisierungsprozess, gegen den Ausbau der Staatsgewalt, gegen die Militarisierung der Gesellschaft, gegen die Durchsetzung diverser öffentlicher Positionen mit reaktionären Kräften.



Eine diesbezügliche Gegenbewegung wäre eine radikaldemokratische Bewegung, die nicht nur gegen die Entdemokratisierung kämpft, sondern offensiv für die Demokratisierung von Staat, Betrieben, Institutionen und nicht zuletzt der Armee.

3. Größte unmittelbare Gefahr der Gegenwart ist die mögliche Implementierung militärfaschistischer Diktaturen in den abhängigen Ländern mithilfe der aggressivsten imperialistischen Mächte.

Diesen Bestrebungen der jeweiligen einheimischen Oligarchien, die mit dem US- oder EU-Imperialismus verbündet sind, ist eine antiimperialistische Volksfront entgegenzustellen. Die Aufgabe der AntifaschistInnen in den imperialistischen Staaten Europas und Nordamerikas ist es, maximale Solidarität mit den antiimperialistischen Bewegungen in den Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens zu üben. Diese Form der antiimperialistischen Solidarität ist eine Form des Antifaschismus. Sie bedarf einer starken Friedensbewegung, einer Bewegung gegen Aufrüstung und Militarismus in den imperialistischen Ländern, sie bedarf insbesondere eines kompromisslosen Eintretens für das Selbstbestimmungsrecht der abhängigen Nationen.

All diese antifaschistischen Ansätze gegen die heutigen Gefahren des Faschismus richten sich unweigerlich gegen die Interessen der Monopole. Den Faschismus an der Wurzel auszurotten, verlangt letztlich, den Imperialismus zu besiegen. Dies ist die historische Aufgabe des Proletariats. Sie verlangt Klassenbewusstsein, eine revolutionäre Strategie und Taktik und auf dieser Basis die organisierte Kampfeinheit der ArbeiterInnenklasse und ihrer Verbündeten. Diese werden schlussendlich unbesiegbar sein, denn Milliarden unterdrückter Menschen werden stärker sein als eine Handvoll unterdrückender Milliardäre.

In seinem Überlebenskampf wird der Imperialismus versuchen, sich aller Gewaltmittel zu bedienen, insbesondere abermals des Mittels des Faschismus. Ob er damit erfolgreich sein wird, hängt von der Entschlossenheit und Stärke der antifaschistischen Kräfte ab, deren Zentrum die einigen revolutionären Kräfte sein müssen. Somit ist eine Erfolgsfrage des Antiimperialismus wie des Antifaschismus und somit des Antikapitalismus im Allgemeinen letztlich eine Frage der revolutionären Organisation der arbeitenden Menschen.

Eine revolutionäre Organisation verlangt eine integrale revolutionäre Theorie. Sie muss den Kampf für De-

mokratie und Frieden mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft verbinden. Wer die Aussage „Nie wieder Faschismus!“ ernst meint, wird um die Frage der Gesellschaftsformation nicht herumkommen. Insofern bleibt es Aufgabe der fortgeschrittensten Kräfte, der revolutionären Kräfte in antifaschistischen Bündnissen und Bewegungen, die Notwendigkeit eines revolutionären Antiimperialismus und Antimonopolismus auch im Bewusstsein zu verankern. Schlussendlich ist die einzige Garantie, die Gefahr des Faschismus für immer aus der Welt zu schaffen, die Überwindung des Imperialismus selbst. Nur wenn diejenigen monopolkapitalistischen Kräfte, deren Instrument der Faschismus ist, umfassend entmachtet werden, so ist diese Gefahr gebannt. Zugespitzt steht die Menschheit früher oder später immer wieder vor den Alternativen: Sozialismus oder Barbarei – und die höchste Form der imperialistischen Barbarei bleibt der Faschismus.

Auszug aus Tibor Zenker, „Was ist Faschismus“, Drehbuchverlag 2006, S. 167–170



SPENDENAUFRAF

DIE T&P IST NOTWENDIG – TUT ETWAS FÜR SIE!

Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich.
Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

**Michael Beltz, Spendenkonto Theorie und Praxis, Konto-Nr.: 419 702,
Sparkasse Gießen, BLZ: 513 500 25**

IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02, SWIFT-BIC: SKGIDE5F

ÜBERLEGUNGEN ZUR ANTIFASCHISTISCHEN POLITIK DER DKP

Ein „Gemeinsamer Aufruf der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Gedenken an die Opfer rechtsextremistischer Gewalt“ war vor zwei Jahren die Antwort der DGB-Führung und ihres *Sozialpartners* BDA auf das Auffliegen der NSU-Morde. Als „kraftvolles Zeichen“ [1] riefen die beiden Organisationen zu einer Schweigeminute am 23. Mai 2012 um 12 Uhr (also zur Mittagspause) auf. Wenn dieser Aufruf damals sowohl in der VVN-BdA als auch in manchen Reihen unserer Partei positiv aufgenommen und z. B. in der UZ vom 17. 2. 2012 abgedruckt (und erst einige Seiten weiter hinten kritisch kommentiert) wurde, dann zeigt sich daran, dass die Kritik, die Markus Bernhardt in der letzten T&P veröffentlichte, ihre Berechtigung hat: *„Eine Bündnispolitik mit dem Ziel breit, breiter, am breitesten und Friede-Freude-Eierkuchen der letzten Jahre ist kein erfolgversprechendes Zukunftskonzept mehr. Sie gehört ohne Wenn und Aber auf den Prüfstand gestellt“* [2]. Denn nach welchen Kriterien könnten wir dem DGB/BDA-Aufruf zum gemeinsamen Beschweigen der Verstrickungen von NSU-Terrorismus und staatlichen Sicherheitsorganen etwas Positives abgewinnen?

„Die Betriebe geben zahlreiche Beispiele für erfolgreiche Integration, Respekt und Toleranz. Wir stehen daher gemeinsam in der Pflicht, rechtsextremem Gedankengut entschieden entgegenzutreten.“ Mit diesem Kernsatz des Aufrufs wird Faschismus auf eine Gesinnung zurückgeführt und die heile Welt der Betriebsgemeinschaft in unseligster Tradition zur Quelle eines besseren „Gedankenguts“. Antifaschismus ist dann nicht mehr der Kampf gegen die offen terroristische Form der bürgerlichen Herrschaft, sondern das Bemühen, für eine tolerante Gesinnung zu werben. Aus dieser Fehldeutung dessen, was Faschismus ist und was den Kampf gegen ihn ausmacht, entspringt die von Markus kritisierte opportunistische Tendenz, unsere Bündnisarbeit solle zuvörderst das Kriterium erfüllen,

breit zu sein. Denn nur dann, wenn faschistische Ideologie („rechtsextremes Gedankengut“) und dessen Träger – wahlweise identifiziert als kahlköpfige Jugendliche, verunsicherte Krisenopfer, radikalisiertes Kleinbürgertum oder entwurzelt Lumpenproletariat – als Ursache des Problems definiert werden, können Antifaschisten auf die Idee kommen, sich darüber zu freuen, dass selbst die Arbeitgeber doch inzwischen so einsichtig seien, solch böse Meinungen nicht mehr zu vertreten und das große Bündnis aller Wohlmeinenden zu bereichern. Eine grundsätzlich andere Konzeption antifaschistischer Bündnisse ergibt sich für diejenigen, die daran festhalten, dass Faschismus keine Meinung ist (allerdings auch nicht etwa lediglich ein „Verbrechen“), sondern eine Herrschaftsform der Monopolbourgeoisie. Und zwar die Form ihrer Herrschaft, zu der die Monopolbourgeoisie greift, wenn sie die Durchsetzbarkeit ihrer jeweiligen Hauptinteressen im Rahmen der parlamentarischen Ordnung nicht mehr gewährleistet sieht – und das auch dann nicht, wenn zuvor die parlamentarisch-demokratische Form noch so sehr eingeschränkt und deformiert wurde.

Bündnis- oder Koalitionspolitik

Dabei greift es zu kurz, wenn wir lediglich die geschichtlich mit riesigen Opfern gelernte Erfahrung der besonderen Gefährlichkeit und des jegliche Opposition bedrohenden Vernichtungswillens des Faschismus zum Argument für unsere Bündnisbereitschaft machen. Nach dem Motto: Gegenüber dem Faschismus müssen wir alles Trennende zurückstellen. So berechtigt die Folgerung auch sein mag, so sehr läuft diese Bestimmung antifaschistischer Bündnisoptionen aus der Perspektive der Defensive Gefahr, zur opportunistischen Rechtfertigung jeglicher Politik zu verkommen; denn angesichts des „drohenden Faschismus“ erscheint dann jede Addition zu den eigenen Kräften notwendig, sodass sie willkommen geheißen werden muss. Mit dieser Herangehensweise landen

wir schnell bei bürgerlicher Koalitions politik statt kommunistischer Bündnis politik. Der Unterschied zwischen beiden liegt darin, was wir jeweils als Interesse verstehen. Bürgerliche Ideologie geht von den individuellen Interessen der Individuen aus, die sich im Konkurrenzkampf bewähren müssen und zum beidseitigen Nutzen auch mal zusammenschließen dürfen, um mit summierter Kraft die je eigenen Ziele zu erreichen. Im Gegensatz zu diesem Verständnis einer Zusammenarbeit als Koalition, gilt für Kommunisten das gemeinsam geteilte und gemeinsam durchzusetzende Klasseninteresse als Grundlage von Bündnissen. Wenn wir uns bei der Begründung unserer Bündnisse darauf beschränken, auf die Übermacht der Gegner zu verweisen, übernehmen wir die bürgerliche Koalitionsidee und den dahinter stehenden bürgerlichen Interessenbegriff. Gleichzeitig kann jedoch auch – darauf sei hier ebenfalls verwiesen – aus der gleichen Defensiv-Perspektive die gegenteilige sektiererische Auffassung abgeleitet werden, die diesen Ansatz dann auch nicht besser macht: Nämlich die Haltung, solange der Faschismus nicht unmittelbar vor der Tür steht, gäbe es auch keinen Grund für antifaschistische Bündnisse.

Hans-Peter Brenner hat auf der Podiumsdiskussion der Hamburger Veranstaltungsreihe „Bürgerliche Herrschaft in der Krise“ [3] zu Recht darauf hingewiesen, dass die parlamentarisch-demokratischen Methoden der monopolkapitalistischen Herrschaftsausübung in Deutschland sich als durchaus funktionierend zeigen. Aktuell demonstriert der Imperialismus in Deutschland am Beispiel der Ukraine seine Fähigkeit, ein hohes Maß an innenpolitischer Zustimmung für das eigene aggressive Agieren zu organisieren. Aber wir haben nicht den geringsten Grund, davon auszugehen, die Bourgeoisie sei der Illusion anheimgefallen, ihre Fähigkeit zur Integration der Bevölkerung hinter die eigene Fahne sei für die Zukunft stets gesichert. Für Griechenland reichte es bereits, dass die Troika-Diktate auf parlamen-



tarischem Weg möglicherweise nicht mehr durchgesetzt werden könnten, um den deutschen Finanzminister Schäuble im Februar 2012 zu der Aussage zu bringen, man solle sich überlegen, eine Regierung einzusetzen, die „*sich nicht in erster Linie auf die Parteien stützt*“ [4]. Wenn diese dann die gewünschten Schritte „*im Wesentlichen auf den Weg gebracht*“ hat, könne danach „*auch der normale demokratische Prozess*“ wieder eingeführt werden. Was wäre – um ein Beispiel zu nennen – geschehen, wenn es der Monopolbourgeoisie im Oktober 2008 nicht gelungen wäre, das Finanzmarktstabilisierungsgesetz im Eiltempo durchzusetzen? Egal, ob ein breiter öffentlicher Druck demokratischer Kräfte dieses Gesetz verhindert hätte oder ob es auch nur Abstimmungsprobleme zwischen konkurrierenden Kapitalfraktionen gewesen wären, die diese Art der Krisenbewältigung nicht möglich gemacht hätten – ein Verzicht auf die staatsmonopolistische Bankenrettung wäre sicher nicht das Ergebnis gewesen. Es könnte zum tödlichen Leichtsinns werden, uns in Sicherheit zu wiegen, die Monopolbourgeoisie in Deutschland hätte in einem solchen Fall nicht alle ihre Optionen – Faschismus eingeschlossen – ausgeschöpft.

Es hat untrennbar damit zu tun, dass wir mit Marx und Engels Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen verstehen und unser eigenes gesellschaftlich-historisches Handeln als Teil des Klassenkampfes begreifen, wenn wir unsere Bündnispolitik als Ausrichtung der Kampfgemeinschaft entlang der Linie von Klassenauseinandersetzungen konzipieren. Dabei droht aber m. E. eine lediglich spiegelbildlich umgekehrte Wiederholung des Fehlers, eine politische Erscheinung über ihre Erscheinungsformen oder Ideologie definieren zu wollen: Markus macht den Antikommunismus von SPD und Grünen, ihre Politik für Krieg und Militäreinsätze, für Hartz IV und Sozialabbau zum Kriterium „*wer Bündnispartner sein kann und wer eben nicht*“. Die Tatsache, dass auch diese Parteien bürgerliche Klassenpolitik exekutieren, also auf der Täterseite monopolkapitalistischer Herrschaftsausübung stehen, ist nicht gleichbedeutend damit, dass die Bevölkerungsteile, die durch solche Parteien als aktive oder passive Mitträger dieser Politik den Herrschenden zur Verfügung gestellt werden, selber zum Teil der herrschenden Klasse

würden. Weil sie das nicht sind, teilen sie auch nicht die Interessen der Monopolbourgeoisie, sondern haben objektiv entgegengesetzte Interessen. Es ist Aufgabe der genannten Parteien, diesen Gegensatz zu verschleiern, die Bevölkerungsmehrheit z. B. mit der illusionären Ideologie auszustatten, sie seien gleichermaßen am Erfolg des Standorts Deutschland interessiert und sie auf diese Weise hinter den Fahnen der eigenen herrschenden Monopole zu versammeln.

Antifaschismus und Klassenkampf

Unser Verständnis von Antifaschismus müsste es sein, den Kampf zu führen gegen die Bestrebungen des Monopolkapitals, seine Herrschaft auch in Form des Faschismus ausüben zu können. Damit stellt sich Antifaschismus dar als Kampf gegen das Klasseninteresse der Monopolbourgeoisie, die Option der faschistischen Form seiner Herrschaft weiterhin zu besitzen. Es gehört deshalb zu unseren ureigenen Aufgaben, die Klassenlinie, entlang der dieser Kampf zu führen ist, zu bestimmen als die Linie zwischen der herrschenden Monopolbourgeoisie auf der einen Seite und allen anderen nicht-monopolistischen Teilen der Bevölkerung auf der anderen. Eine antifaschistische Bündnispolitik auf dieser Basis muss deshalb sehr wohl „breit“ ausfallen. Die wesentliche Differenz zu der von Markus zu Recht kritisierten Art, Bündnispolitik zu betreiben, besteht eben nicht in der Breite, sondern in ihrem Charakter. Und unser Kriterium für diesen Charakter muss sein, ob mit ihr ein realer Kampf geführt wird. Und zwar der Kampf zwischen dem Interesse der Monopolbourgeoisie, wenn sie es für notwendig erachtet, zur faschistischen Form ihrer Herrschaft übergehen zu können auf der einen Seite, und dem gemeinsamen Klasseninteresse aller anderen Kräfte, der Monopolbourgeoisie diese Möglichkeit zu verbauen. Genau dieses zuletzt genannte Interesse ist die Grundlage antifaschistischer Bündnisse.

Dieser Aufgabe nicht gerecht wird jedoch eine Politik, die sich darauf verlegt, die Wohlmeinenden zu sammeln oder auch (wie dies leider auch in dem in diesem Punkt sehr schwachen Programm der DKP zur EU-Wahl geschieht [5]) Rassismus und Antisemitismus lediglich als Mittel zur Ablenkung von

sozialen Missständen zu verstehen und zu verurteilen. Für die DKP geht es daher gar nicht darum, unsere antifaschistische Strategie auf neue Grundlagen zu stellen, aber es geht wohl darum, eigentlich bereits Erkanntes und Verstandenes wieder bewusst zu machen, gemeinsam zu diskutieren und zu lernen, wie wir eine darauf aufbauende politische Praxis entwickeln können.

Gelegenheit, die hier dargestellten Grundzüge antifaschistischer Bündnispolitik im Kreis von Genossinnen und Genossen zu diskutieren, gab es in den Seminaren der Karl-Liebknecht-Schule [6]; so zuletzt im Januar, als es um „Aktionseinheit und Bündnispolitik“ ging. Vielleicht nützt dies ja als Anregung, die nächste Gelegenheit nicht zu verpassen.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Dieses und folgende Zitate aus dem Gemeinsamen Aufruf von DGB und BDA, www.dgb.de/-/Kf8
- [2] Markus Bernhardt, „Reorganisation dringend erforderlich“, in T&P Nr. 34, Dezember 2013
- [3] Dokumentiert als Audiodatei auf den Seiten des veranstaltenden Bündnisses www.kapitalismus-in-der-krise.de/
- [4] Interview des SWR2 mit Wolfgang Schäuble zum Thema „Hilfspaket für Griechenland“, zitiert nach SWR-Presseinformation vom 15. 2. 2012
- [5] <http://news.dkp.de/2014/02/programmder-dkp-fuer-die-wahl-zum-europaparlament-2014/>
- [6] www.karl-liebknecht-schule.org/programm



GEGENEINANDER SICH AUSSPIELEN

Nachtrag zur Rassismus-Diskussion in T&P #34

Das letzte Heft der T&P (Ausgabe #34) widmete sich der Diskussion um Rassismus und Faschismus. Verschiedene Beiträge arbeiteten einerseits den Klassencharakter und die Funktion rassistischer Ideologien heraus und plädierten andererseits für eine strikte antikapitalistische Orientierung in der Antifa-Strategie der Kommunisten. Zwischen diesen beiden Themen – Bestimmung des Rassismus sowie der antifaschistischen Strategie – besteht ein inhaltlicher Zusammenhang, der in der Beantwortung genau jener Frage liegt, die im letzten Heft leider nicht behandelt werden konnte: Warum greifen rassistische Ideologien in der Arbeiterklasse?

Wie Sepp Aigner im Editorial des Heftes richtig anmerkte, ist die Antwort auf diese Frage entscheidend für eine wirksame Bekämpfung des Rassismus. Und wie die folgenden Ausführungen zu zeigen versuchen, liegt in ihrer Beantwortung auch die Notwendigkeit für einen antikapitalistischen Antifaschismus begründet.

„Moderner Rassismus“ als Herrschaftsstrategie

In ihrem Artikel „Woher kommt Rassismus?“ arbeitet Aitak Barani in der letzten Ausgabe der T&P sehr anschaulich den Zusammenhang zwischen der materiellen sozialen Ungleichheit der Klassen in der kapitalistischen Gesellschaftsformation und dem Entstehen von Ungleichheitsideologien als Widerspiegelung dieser Klassenspaltung heraus. Darauf aufbauend, analysiert sie den Rassismus als eine Herrschaftsstrategie: „Um die unzähligen Unterdrückungsweisen und letztendlich die Ungleichheit zwischen Produktionsmittelbesitzern und dem Rest der Menschheit zu legitimieren und um die eigene Herrschaft durch Verklärung und Spaltung zu sichern, muss die herrschende Klasse stets aufs Neue rassistische Ideen reproduzieren.“ Aus dem Artikel von Renate Münder „Spaltung der Arbeiterklasse und der Völker“ in derselben Ausgabe lernen wir dann, dass – auch wenn die materielle Grundlage des

Rassismus in der Konkurrenz auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt besteht – der Rassismus als Herrschaftsideologie und Strategie der Herrschaftssicherung historisch erst dann bedeutsam wurde, „als sich in der Ökonomie der Wandel von der freien Konkurrenz zum Monopol vollzog“. Das heißt, dass der Rassismus als Herrschaftsstrategie eine vergleichsweise junge Erscheinung ist.

Seine Notwendigkeit resultierte aus der Verschärfung des für das imperialistische Stadium charakteristischen „Massenbasis“-Problems, das insbesondere im Zuge der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts eine neue Dynamik erhielt. Um die bürgerliche Herrschaft zu behaupten, muss das Kapital die Mehrheit der Bevölkerung für die monopolistischen Interessen gewinnen. Gleichzeitig verringert aber die Zentralisation und Konzentration des Kapitals objektiv seine politischen Bündnisoptionen.

Diese Situation machte eine Herrschaftsstrategie erforderlich, die auf „Bewusstseinsfälschung“ zielt. Damit bezeichnete der marxistische Faschismusforscher Reinhard Opitz das Bestreben der Bourgeoisie, die zu beherrschenden Massen von ihren wirklichen Klasseninteressen abzulenken und die Klasseninteressen des Monopolkapitals als ihre eigenen anzusehen [1]. In der Folge wurde der Klassenkampf im monopolistischen Stadium in neuer Qualität zu einem ideologischen Klassenkampf. Neben Nationalismus und Antikommunismus stellt der Rassismus ein zentrales Instrument in diesem Klassenkampf dar.

Wir müssen hier den frühen *vormodernen*, auf spontanen Ressentiments basierenden Rassismus, von jenem *modernen* Rassismus unterscheiden, der mit der Entstehung des Imperialismus erstmals als eine wissenschaftliche *Theorie* formuliert wurde. So warnte Josef A.F. Gobineau erstmals in seinem Werk „Die Ungleichheit der Menschenrassen“ (1853), dass ein Volk untergehe, wenn es seine Rasse vermische, weil

dadurch „eine ganz neue und in ihrer Eigenart nicht glückverheißende Nationalität“ entstehe. Gobineau rechtfertigte damals so die Herrschaft des Adels, dem er selbst entstammte. Anders als das „bastardisierte Volk“ hätte der Adel seine Rasse stets „rein“ gehalten und sei somit ein edles und höheres Geschlecht, das besonders zur Regierung geeignet sei. Dieser „moderne Rassismus“ wurde nur wenige Jahre später zur Grundlage der völkischen Bewegung in Deutschland, wie etwa dem Alldeutschen Verband, aus dem auch die NSDAP hervorging.

Ähnlich wie schon Gobineau schwärmt noch heute z. B. ein Sarrazin über das angeblich untergehende deutsche Volk. In seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ (2010) beklagt er, „dass die Alterung und Schrumpfung der deutschen Bevölkerung einhergeht mit qualitativen Veränderungen in deren Zusammensetzung“. Die Zukunft Deutschlands werde gefährdet durch „die kontinuierliche Zunahme der [...] weniger Intelligenten und weniger Tüchtigen“. Er führt dies nicht zuletzt auf „die Qualität, die Struktur und den kulturellen Hintergrund der Migranten in Deutschland“ zurück.

Rassismus in der Arbeiterklasse

Den Klassencharakter und die herrschaftssichernde Funktion dieser rassistischen Ideologie haben Aitak Barani und Renate Münder ausführlich in ihren Artikeln herausgearbeitet. Offen bleibt aber die Frage, warum die Ideologie des Rassismus dennoch in der Arbeiterklasse verfangen kann, obwohl sie doch gegen ihre objektiven Klasseninteressen gerichtet ist.

Es ist kein Geheimnis, dass die Mitglieder und Sympathisanten etwa der so genannten „Freien Kameradschaften“ oder der NPD zu einem großen Anteil aus den Reihen der Arbeiterklasse kommen. Natürlich sind das extreme Auswüchse, die nicht charakteristisch für die Mehrheit der Klasse sind. Dennoch ergaben wissenschaftliche Untersuchungen (wie etwa die



Heitmeyer-Studie zu den „Deutschen Zuständen“) eine Zustimmung von ca. 30 Prozent der Bevölkerung zu der Aussage, dass man Ausländer wieder in die Heimat zurückschicken sollte, wenn die Arbeitsplätze knapp werden. Auch die Prekarisierungsstudien der Jenenser Soziologen um Klaus Dörre zeugen von einer gewissen „rechtspopulistischen Unterströmung“ in der Arbeiterklasse, z. B. bei deutschen Leiharbeitern, die Migranten für ihre prekäre Lage verantwortlich machen.

Beispiele, wie das des Eigentümers von Neupack in Hamburg, der den Betriebsrat daran hinderte, rassistische Schmierereien zu entfernen, streicheln zwar die Seele des antifaschistischen Klassenkämpfers (und sollten in unserer Agitation auch angemessen berücksichtigt werden). Die Realität in vielen (Groß-)Betrieben dürfte aber eher dem entsprechen, was Klaus Dörre im Rahmen seiner Untersuchungen beobachtet hat: Er berichtet von dem Fall einer antirassistischen Kampagne der Geschäftsführung eines global agierenden Unternehmens mit engagierter Unterstützung des *Sozialpartners*. Damit wollte man auf rassistische Ressentiments zwischen deutschen Leiharbeitern und migrantischen Festangestellten reagieren. Das Ergebnis: Der betriebliche Antirassismus wurde hier von den Arbeiterinnen und Arbeitern als Zwang zu einer „Political Correctness“ entschlüsselt, die „denen da oben“ zur Maßregelung von „uns hier unten“ dienen sollte. Die rassistischen Ressentiments erlangten den Charakter eines subversiven Widerstands gegen die „Herrschenden“ (womit im Bewusstsein der Kollegen auch der Betriebsrat gemeint war!). [2]

„Falsches Bewusstsein“

Gerade dieses Beispiel zeigt, wie kompliziert die Sache mit dem Rassismus als Herrschaftsstrategie des Kapitals in der Praxis manchmal ist. Natürlich dient Rassismus dazu, die Arbeiterklasse zu spalten und ihre Kampfkraft zu schwächen, indem die Kolleginnen und Kollegen gegeneinander ausgespielt werden. Entscheidend ist aber, dass diese Herrschaftsstrategie nur funktionieren kann, wenn sich die Klasse auch gegeneinander ausspielten lässt.

Dieses aktive *Gegeneinander sich ausspielen* ist eine zentrale Herausfor-

derung im antifaschistischen Kampf – gerade auf der betrieblichen Ebene. Um dagegen wirksam zu werden, reicht es nicht aus, lediglich das „falsche Bewusstsein“ der Kolleginnen und Kollegen zu entlarven und anzuprangern. Das Problem besteht ja darin, dass dieses Bewusstsein den *falschen Verhältnissen* durchaus angemessen ist, weil es zumindest kurzfristig erfolgversprechend sein kann. So kann es von einem subjektiven Standpunkt durchaus Sinn machen, die Zugehörigkeit etwa von türkisch-stämmigen Kolleginnen und Kollegen zum Betrieb oder ihre Ansprüche auf staatliche Sozialleistungen infrage zu stellen, um zu verhindern, dass man selbst ins Fadenkreuz z. B. von betriebsbedingten Kündigungen, Lohnkürzungen oder anderen als „alternativlos“ dargestellten Sparmaßnahmen gerät. Im Zweifel – etwa angesichts der Abzahlung des eigenen Eigenheims oder der Finanzierung des Studiums der Tochter – ist man sich eben selbst der Nächste. Ganz in diesem Sinne begreift die marxistische Psychologin Ute Osterkamp rassistische Einstellungen und Verhaltensweisen in der Arbeiterklasse als Versuch, „Krisen und Mangelsituationen dadurch zu überwinden, dass man bestimmte Gruppen von Menschen aus dem Kreis der Empfangsberechtigten ausschließt“ – also die eigene Lage auf Kosten anderer innerhalb der eigenen Klasse – zu retten oder zu verbessern. [3]

Und genau darin liegt der springende Punkt für eine antifaschistische Strategie zur Bekämpfung des Rassismus in der Arbeiterklasse: Rassistische Ideologie kann nur deswegen in der Arbeiterklasse verfangen, weil sie in gewisser Weise „funktional“ ist, mithin als „rational“ erscheinen kann. Sie wird zudem durch die herrschenden ideologischen Verhältnisse nahegelegt, d. h. legitimiert (z. B. eben durch den „Sarzynismus“ oder den staatlichen Rassismus). Dagegen erscheinen die moralischen Appelle, etwa des kosmopolitischen Managements und Betriebsrats, eher dysfunktional und „irrational“.

Kampf um die Köpfe

Um die Köpfe zu gewinnen, muss eine antifaschistische Strategie darauf zielen, den Widerspruch zwischen den individuellen rassistischen Einstellungen und Verhaltensweisen zum

gemeinsamen Klasseninteresse der Kolleginnen und Kollegen unterschiedlicher nationaler Herkunft zu veranschaulichen und dabei jedoch zugleich auch eine entsprechende Handlungsalternative anzubieten. Diese kann sich aber – weil es ja die kapitalistischen Verhältnisse selbst sind, die den Rassismus hervorbringen – nur außerhalb der irrationalen Logik der herrschenden Verhältnisse bewegen. Oder wie es Renate Münder bereits in ihrem Artikel treffend formuliert hat: „Wenn nicht der Klassenkampf die Arbeiter vereint, dominiert die Konkurrenz der Arbeiter untereinander.“

Daher führt kein Weg am mühseligen Hineintragen von Klassenbewusstsein in die Arbeiterklasse zum gemeinsamen Klassenhandeln vorbei. Erst wenn die Kolleginnen und Kollegen mit einer Alternative zur rassistischen Handlungsstrategie konfrontiert werden – z. B. mit einer Perspektive kollektiven Widerstands – können sie überlegen und entscheiden, welche Handlungsalternative für sie mehr Sinn hat, also „rationaler“ ist. Dazu muss ihnen dieses alternative Denk- und Handlungsangebot allerdings auch – etwa durch klassenkämpferische Kolleginnen und Kollegen im Betrieb – vermittelt werden.

Dass dieser Weg erfolgreich sein kann, davon zeugt das Neupack-Beispiel [4]. Ebenso belegen das wissenschaftliche Studien. So haben z. B. die Soziologen Gert Hautsch und Bernd Semmler bereits in den 80er Jahren Betriebe in Frankfurt am Main untersucht, deren Belegschaften sich gegen Betriebsschließungen gewehrt haben. In vielen dieser Betriebe herrschte vor den Kämpfen große Fremdenfeindlichkeit. Jedoch: „Die gemeinsame Kampferfahrung von Deutschen und Ausländern“, so die Genossen Soziologen, „baute Vorurteile ab und bahnte persönliche Freundschaften an.“ Das Fazit: „Der Ausländerfeindlichkeit wurde durch gemeinsame solidarische Gegenwehr die Basis entzogen.“ [5]

Eine solche solidarische Gegenwehr kann allerdings nur durch eine antikapitalistische Handlungsalternative erzeugt werden. Nur auf der Basis eines klassenorientierten Gegner- und Interessenbewusstseins ist es möglich, eine realistische Alternative zu den konkurrenzorientierten Angebo-

ten der herrschenden Verhältnisse aufzuzeigen. Ein Antifaschismus, der dies nicht berücksichtigt, wird immer „hilflos“ bleiben, weil er der Arbeiterklasse kein alternatives Denk- und Handlungsangebot machen kann, das der vermeintlichen Rationalität rassistischer Handlungsstrategien den Boden entzieht. Dies gilt im Übrigen auch für den sozialistischen Kampf überhaupt: Das Ringen um das Bewusstsein der Klasse kann nur erfolgreich sein, wenn es eine klare Alternative formuliert, die mit dem Bestehenden bricht. Da Solidarität als Handlungsalternative immer im Widerspruch zur Rationalität der kapitalistischen Konkurrenz steht, muss

sie immer als „irrational“ erscheinen, solange sie nicht mit einer politischen Perspektive verbunden ist, die deutlich über die herrschenden Verhältnisse hinausweist.

Darüber sollten nicht zuletzt auch diejenigen selbst ernannten „marxistischen Linken“ einmal nachsinnen, die großmäulig ausgezogen sind, den Kampf um die „Hegemonie in der Zivilgesellschaft“ zu führen, nachdem sie im Kampf um die Köpfe aber noch nicht einmal innerhalb der kleinen, aber eben klassenbewussten DKP reüssieren konnten.

Hans-Günter Szalkiewicz

MARXISMUS AM ENDE?

Die Zäsur in den ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb der DKP, von einem Großteil der Mitglieder als lästige Streiterei wahrgenommen, erfolgte kurze Zeit nach der Verabschiedung des unter Mühen zustande gekommenen Parteiprogramms von 2006.

Im Januar 2010 legte das zu dieser Zeit agierende Sekretariat den Entwurf eines Beschlussdokuments für den bevorstehenden 19. Parteitag vor, mit dem die marxistischen Positionen des genannten Parteiprogramms aufgekündigt wurden, die Thesen „Wege aus der Krise (...)“. Die öffentlich vorgetragene Ablehnung dieses programmatischen Papiers war breit, die Reaktion des folgenden Parteitags darauf jedoch inkonsequent. So konnte die *traditionelle* Debatte weitergeführt werden, von allen Seiten unter Berufung auf das Parteiprogramm bis zu dem Punkt, an dem die Vorherrschaft der Initiatoren der *Thesen* in der Parteiführung beendet wurde. Das geschah durch die Entscheidungen des 20. Parteitags. Mit der Wahl von Patrik Köbele als Parteivorsitzenden und einiger neuer Mitglieder in den Parteivorstand und sein Sekretariat traten die tiefgehenden ideologischen Differenzen in der DKP nach außen. Die sogenannten *Thesianer* – das ist die verschämte Bezeichnung für die revisionistischen oder (besser) antimarxistischen Protagonisten – veränderten ihre Aktionsform, indem sie zur offenen fraktionellen Tätigkeit über-

gingen. Es dauerte fast ein Jahr, bis sich die Parteiführung auf ihrer 6. Tagung dazu grundsätzlich äußerte.

Jetzt wird die aktuelle Lage der Partei durch eine lange aufgeschobene Problemstellung bestimmt, sich entscheiden zu müssen zwischen einem PDL-kompatiblen Verein „Marxistische Linke“ oder einer revolutionären Partei. Diese Entscheidung ist für viele DKP-Mitglieder schwierig, weil die Mayer-Gruppierung ihre Ambitionen mit einem marxistisch klingenden Vokabular verdecken kann und – was von größerer Wirkung ist – weil einflussreiche Kräfte der Partei durch das Beschwören ihrer Einheit die ideologische Auseinandersetzung behindern. Um an dieser Stelle von den Spaltern nicht benutzt werden zu können, sei betont, dass es hier um die Frage geht, ob die Einheit der Partei auf der Grundlage eindeutig bestimmter theoretischer und ideologischer Grundsätze oder durch einen faulen Kompromiss gewährleistet wird. Es geht also nicht um die Forderung nach administrativen Maßnahmen, sondern um die Dringlichkeit, die Konsolidierung der DKP nach dem 20. Parteitag durch einen konsequent betriebenen ideologischen Klärungsprozess zu sichern.

Der Gruppierung in der DKP, die mit Leo Mayer ihren führenden Kopf und mit der von Michael Maercks betreuten Internetplattform *kommunisten*.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] R. Opitz (1974): Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus. In: Das Argument #87, S. 543–603.
- [2] Siehe z. B. K. Dörre (2006): Prekarisierung in der Arbeitsgesellschaft – Ursache einer rechtspopulistischen Unterströmung? In: P. Bathke/S. Spindler (Hg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Berlin, S. 153–166. *Anm.: Das Unternehmen wird im Original nicht namentlich genannt.*
- [3] U. Osterkamp (1996): Rassismus als Selbstentmächtigung. Hamburg.
- [4] Siehe z. B. die Berichterstattung in der POSITION – Magazin der SDAJ #4/2013.
- [5] G. Hautsch/B. Semmler (1983): Betriebsbesetzung. Vier Beispiele aus Frankfurt, bundesweiter Überblick. Frankfurt/Main.



de ihr Öffentlichkeitsorgan hat, kann man nicht vorwerfen, die politischen Ziele ihres Agierens zu verheimlichen. Die Frage besteht nur darin, ob es gelingt, den DKP-Mitgliedern die Gefährdung der Partei als kommunistische Kraft durch das Agieren dieser Gruppierung zu vermitteln und die Unentschlossenen zum Handeln zu bewegen. Und das geht nur durch einen entschlossenen und überzeugend geführten ideologischen Kampf. Er muss zu allen Grundfragen einer marxistisch-leninistischen Politik geführt werden und diejenigen, die sich dazu bekennen, sollten offener und geschlossener auftreten.

Die genannte Gruppierung führt diesen Kampf zielstrebig und offensiv. Vor der Gründung des erwähnten Vereins gab es zwei bundesweite Konferenzen dieser „neuen Opposition“. Walter Listl und Michael Maercks nutzten die Gelegenheit der Demonstration zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Januar in Berlin, um einen Diskussionsabend zu veranstalten mit dem Titel des 94. isw-Reports „Zwischen Dauerkrise, Widerstand, Transformation – Kapitalismus am Ende?“ Mit diesem Report wird eine aktualisierte Version der Kapitalismusvorstellungen des isw (Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V., München) geliefert, ein antimarxistisches Konzept, das den Positionen von Leo Mayer zugrunde liegt.



Diese Feststellung bedarf einer Erklärung. Der marxistischen Gesellschaftstheorie liegt die Auffassung von den Produktionsweisen mit einem jeweils bestimmten System von ökonomischen Gesetzen als materielle Grundlage und einem davon abhängigen und in Wechselwirkung mit ihnen befindlichen Überbau der rechtlichen und politischen Einrichtungen sowie der religiösen und sonstigen Vorstellungsweise zugrunde. Ökonomische Gesetze wirken über das Handeln der Menschen, in Klassengesellschaften durch den Kampf der Klassen. Diese grundlegenden Bedingungen, speziell im Kapitalismus, sind von Marx und Engels erstmals im „Manifest der Kommunistischen Partei“ und fast 70 Jahre später für das monopolkapitalistische Stadium durch Lenin analysiert und dargestellt worden. In beiden Werken wird die gesellschaftliche Entwicklung als Entfaltung von Widersprüchen nachgewiesen, bei der (1848) „seit Dezennien (...) die Geschichte der Industrie und des Handels nur die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die Eigentumsverhältnisse (ist)“, die dann zur Feststellung des historischen Platzes des Imperialismus (1916) führt. Damit wird weder eine Zusammenbruchstheorie noch die Unmöglichkeit von ökonomischen Entwicklungsprozessen im Kapitalismus begründet, dafür aber der Kampf des Proletariats als gesetzmäßige Bedingung für die Beseitigung des kapitalistischen Systems. Das gehört zum Kern der marxistischen Revolutionstheorie.

Die Autoren des genannten isw-Reports sehen das grundsätzlich anders. Ihre Sicht lässt sich am ersten Beitrag von Conrad Schuhler und am letzten von Listl und Mayer verdeutlichen. Beide Teile bilden einen Rahmen, in den das isw-Bild des heutigen Kapitalismus eingefügt wird.

Unter der Überschrift „Der Marxismus und das Ende des Kapitalismus“ löst Schuhler die Wirkung des Grundwiderspruchs der kapitalistischen Produktionsweise in folgenden Schritten auf: Er benutzt Karl Polanyi (Hauptwerk: *The greatest Transformation*), um zu erklären, dass „nicht Klasseninteressen, sondern die Interessen der Gesellschaft als Ganzes (...) der letzte Agent in der gesellschaftlichen Geschichte (sind).“ Dann findet er, ökonomische Gesetzmäßigkeiten (tendenzieller Fall der Profitrate) mit subjek-

tiven Faktoren vermischend, eine Teillösung für die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Ökonomik mit dem „Hineinströmen des Kapitals in vielfältige Felder der Spekulation – die Profitwirtschaft löst sich von der Realwirtschaft.“ Das wird als „Finanzialisierung“ bezeichnet. Und nachdem er mit Hilfe des Marx-Zitats „Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind“ Spielräume für die systemimmanente Entwicklungsfähigkeit des Kapitalismus entdeckt, ergibt sich mit einer gewissen Logik die Frage, „ob die kapitalistische Gesellschaftsformation die Potenzen hat, auf die aktuelle ‚Große Krise‘ tragfähige und längerfristige Antworten zu finden.“ Für den Fall, dass an dieser Stelle ein „Bilderklärer“ benötigt wird, sei auf Bernstein und Kautsky als große Vorläufer der heutigen Entdecker von qualitativen Entwicklungspotenzialen des kapitalistischen Wirtschaftssystems hingewiesen.

Bei Schuhler gibt es in diesem Zusammenhang eine weitere wesentliche Schlussfolgerung. Das genannte Marx-Zitat wird von ihm benutzt, um die revolutionären Vorgänge in der jüngsten Geschichte als der marxistischen Revolutionstheorie widersprechend zu deklarieren. Weder „entspricht die Oktoberrevolution in Russland (...)“ noch widerspricht „Das Scheitern des ‚realen Sozialismus‘ (...) den Prämissen der marxistischen Revolutionstheorie“. Bei der Suche nach Auswegen kommt er konsequenterweise zu der Feststellung: „Unbestreitbar ist, dass sich die Linke bisher weder revolutionär noch reformorientiert durchsetzen konnte“, was ihn empfehlen lässt, das Problem „in Gestalt einer doppelten Transformation“ zu lösen.

Listl und Mayer besorgen auf den letzten Seiten des Reports die Aufklärung der Leser darüber, welche Schlussfolgerungen aus dem Bericht zu ziehen seien. Als Ausgangspunkt wird bei ihnen gesetzt: „Es fehlt ein gemeinsames Handeln der Arbeiterklasse in Europa, die Vision eines mehrheitsfähigen alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepts und eine enge Verbindung der Arbeiterbewegung mit den neuen sozialen, demokratischen und ökologischen Bewegungen.“ Zur Erinnerung: Es ist noch nicht so lange her, da spielte in diesem Falle

die Antiglobalisierungsbewegung die Hauptrolle. Doch es gibt dabei einen Lichtblick: „(...) es sind die klassenbezogenen Kämpfe, die für einen progressiven Weg aus der Krise ausschlaggebend sein werden“. Nur hält die Wirkung dieses Satzes nicht lange an, weil einige Zeilen weiter Vasco Pedrina über ein alternatives Programm reden darf, das unter anderem in dem Vorschlag des Europäischen Gewerkschaftsbundes für einen „Sozialpakt für Europa“ und im „Marshallplan für Europa“ des DGB bestehen würde.

Bei der Suche, aus der Vielfalt der dargelegten und wiedergegebenen Auffassungen eine Orientierung für das, was zu tun sei, herauszufinden, stoßen wir auf die letzten Seiten von Listl und Mayer. Dort finden wir wieder den „Transformationsprozess“. Und dieser Terminus ist ernst gemeint, was sich aus der Fragestellung ableiten lässt: „Wie steht es um die Träger des Kampfes für eine sozial-ökologische Transformation?“ Und da lassen uns die *Thesianer* – oder besser Marxismus-Leugner – völlig im Stich, indem sie Mario Candéias von der Rosa-Luxemburg-Stiftung uns sagen lassen, dass wir es mit einer Zersetzung der Arbeiterklasse zu tun haben, mit einer Aufspaltung in „ausgesaugtes Prekariat“, ein „individualisiertes Kybertariat“ [1] und ein „mehr oder minder organisiertes Restproletariat“. (...) „Die nächsten Jahre werden also von einer Situation geprägt sein, in der verschiedene Kräfte um die Bewältigung der Krise ringen und in der offen ist, welche Kräfte und Tendenzen sich durchsetzen werden“. (...) „Die ungebrochene Dominanz des neoliberalen Blockes an der Macht blockiert noch alternative Lösungen.“

Seit Jahren blockieren Mayer und seine Leute, besonders unterstützt von denjenigen in der DKP, die mit ihren Sorgen um Flügel in der Partei die ideologische Klärung behindern, die Formierung einer marxistisch-leninistischen Kraft. Wenn nicht jetzt, wann dann soll die politisch-ideologische Neuorientierung erkämpft werden?

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Hochqualifizierte, flexible, in Projektarbeit beschäftigte Wissensarbeiter, deren Tätigkeiten von I&K-Technologien geprägt sind



Pablo Graubner

BILDUNGSARBEIT UND PARTEILICHKEIT

Kritische Anmerkungen zu Harald Werner

Harald Werner, Bildungsbeauftragter des Parteivorstands Die Linke, hat ein beachtenswertes und interessantes Buch vorgelegt: „Wie die Gedanken in die Köpfe der Menschen kommen. Dialektik und Didaktik politischer Bildung“ [1]. Interesse weckt bereits der Klappentext: Dem Anspruch nach geht es Werner darum, kritische politische Bildungsarbeit neu zu fundieren. Kern seines Ansatzes sind Erkenntnisse aus dem Marxismus und der Kritischen Psychologie, verbunden mit methodischen Weiterentwicklungen und neuen Erkenntnissen aus der Hirnforschung.

Das Buch gliedert sich folglich in eine Problembeschreibung gegenwärtiger linker Bildungsarbeit, ferner in ein Grundlagenkapitel, in dem Grundkonzepte der Kritischen Psychologie nach Holzkamp ausgeführt werden, ein Kapitel zur Dialektik von Lehren und Selbstlernen sowie eine kritischen Aufarbeitung der Inhalte und Methoden des neoliberal geprägten Weiterbildungsmarktes.

Man findet in dem Buch viele Aussagen, denen man auf Grund der eigenen Erfahrung zustimmen möchte. Erhellend sind z. B. die Ausführungen zur Rolle von Emotionalität beim erfolgreichen Lernen (S. 65ff) und die Wirkung von Bildern (S. 147ff). Wenn Werner ferner neuere Erkenntnisse der Hirnforschung aufgreift (Stichwort „Spiegelneuronen“), dann bewegt er sich damit im Brennpunkt der materialistischen Debatte, wie menschliches Erkennen überhaupt funktioniert. Kurzum: Man spürt, dass neben der wissenschaftlichen Fundierung eine Menge praktisches Wissen des Autors in die Erarbeitung des Buches eingeflossen ist.

Allerdings hinterlässt das Buch auch das unbehagliche Gefühl, nicht ganz einzuhalten, was die Einleitung verspricht, nämlich: „Die Nützlichkeit des dialektischen Denkens anhand didaktischer Probleme unter Beweis zu

stellen“ (S. 7). Erwähnt, jedoch nicht weiter ausgeführt, werden „einige hartnäckige Widersprüche in der Bildungsarbeit“ (S. 10), namentlich der Widerspruch zwischen Parteilichkeit und Dogmatismus. Man sollte meinen, dieser Widerspruch würde dann im weiteren Verlauf des Buches konkreter ausgeführt. Stattdessen wird jedoch Parteilichkeit im Folgenden nur als (unkritische) Parteinahme für eine Organisation kritisiert (vgl. S. 36f) und knapp als Faktor der emotionalen Bindung der Lernenden durch die Überzeugungen des Lehrers positiv hervorgehoben (S. 179).

Klassenbezug fehlt

Eine entscheidende Ebene wird jedoch vernachlässigt: Wenn die Gedanken in den Köpfen der Menschen durch materielle Verhältnisse bestimmt werden, so ist doch eine Gesellschaft, die in antagonistische Klassen gespalten ist, durch Gedankengebäude bestimmt, die miteinander unvereinbar sind. Das ist eine Grundbedingung linker Bildungsarbeit, die nicht durch Didaktik, vernünftige Vermittlung und rationale Diskussion aufzuheben ist. Daraus folgt auch, dass man als Lehrender niemals unparteiisch sein kann.

Eine Stärke des Buches liegt sicherlich darin, einige allgemeine Probleme linker Bildungsarbeit kurz und prägnant zusammenzufassen. So hebt Werner etwa die rückläufige gesellschaftliche Bedeutung von Bildung unter der Dominanz des Neoliberalismus als ein zentrales Problem für linke Bildungsarbeit hervor (S. 11). Es gehe nur noch um berufliche Qualifikation, also um ökonomisch verwertbares Wissen, nicht mehr um Grundlagenbildung. Selbst in Gewerkschaften und linken Parteien gäbe es eine stärkere Konzentration auf funktionale und organisationsinterne Qualifizierung, politische Grundlagenbildung dagegen trocken aus (S. 10).

Allerdings gibt es auch hier eine Leerstelle: Denn „neoliberale Dominanz“ geht doch einher bzw. ist gleichbedeutend mit bürgerlicher Hegemonie, die sich natürlich nicht nur strukturell in linken Organisationen bemerkbar macht, sondern auf das Weltbild der Mitglieder linker Parteien und Gewerkschaften einen erheblichen Druck ausübt. Hier spielt die Parteilichkeit der Lehrenden in vielerlei Hinsicht eine Rolle: Inhaltlich natürlich bei der Ausarbeitung des Stoffs, der substantiell gegen-hegemonial wirken kann; aber auch als Anforderung an den Lehrenden, die Lernenden zu motivieren, sich in die politische Auseinandersetzung zu begeben.

Das entspricht im Übrigen auch Erfahrungen, die in der Erwachsenenbildung seit den 20er Jahren mit den Marxistischen Abendschulen (MASCH) gesammelt wurden. Ein Auszug aus einer Publikation der marxistischen Arbeiterbildung gibt darüber Aufschluss: Der Methode des Lernens und Lehrens lägen zwar „allgemeingültige erkenntnistheoretische und psychologische Gesetze“ zugrunde, „die sich ein guter Lehrer selbstverständlich aneignen müsse“. Allerdings sind methodische Fragen unmittelbar mit ideologischen Grundfragen verbunden; die Vorstellung, es genüge „vernünftige, richtige Argumente zu entwickeln, sie in methodisch geeigneter Form darzulegen, und man könne die gegnerische Position überwinden“ ist in der Klassengesellschaft so nicht aufrechtzuerhalten. [2]

Notwendige Parteilichkeit

Spinnt man den Gedanken weiter, so muss auch kritisch nach der Verbindung von methodischen und ideologischen Fragen bei Harald Werner gefragt werden. Denn die Forderung nach Parteilichkeit ist natürlich in weitere weltanschauliche Voraussetzungen eingebettet, etwa in den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit. Und genau dieser



Anspruch bleibt in der Bildungspraxis von Harald Werners Partei unerfüllt.

Ein Beispiel: Der Grundlagenkurs „Mensch und Gesellschaft“ im Bildungsprogramm der Partei Die Linke ist stark von Abgrenzungen zum „orthodoxen Marxismus“ geprägt, überhaupt von einer Distanzierung, „aus den Arbeiten von Marx und Engels ein in sich stimmiges und abgeschlossenes Theoriegebäude zu zimmern“. Wäre Marx selbst dieser Auffassung gewesen, so wäre er wohl schwerlich über das Interpretieren der Welt hinausgekommen. Der folgende Schluss ist daher nicht allzu weit hergeholt: Die Angst vor Dogmatismus führt

zur Unterbelichtung der notwendigen Parteilichkeit von Lehrenden. Dabei ist sie im Gegenteil genau dort angebracht, wo die Suche nach Erkenntnis mit dem Willen verknüpft wird, die Welt auch zu verändern.

Dialektisches Denken hat das zu berücksichtigen. Selbst dort, wo es Erfahrungen mit falsch verstandener Parteilichkeit gibt, die zu echtem Schematismus und Dogmatismus geführt haben. Doch wie hat es Dietmar Dath einmal zusammengefasst? „Ein gut auswendig gelernter Marx funktioniert im Zweifelsfall immer noch besser und führt immer noch weiter, als ein schlecht ausgedachter ‚dritter Weg‘.“ [3]

Es scheint also, als hätte selbst der Dogmatismus seine Dialektik. In diesem Sinne ist das Buch von Harald Werner zur kritischen Lektüre empfohlen.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Harald Werner, Wie die Gedanken in die Köpfe der Menschen kommen. Dialektik und Didaktik politischer Bildung, Papy-Rossa Verlag 2013
- [2] vgl. „Zirkelleiter-Taschenbuch“, VMB 1974
- [3] Dietmar Dath, Maschinenwinter – Wissen, Technik, Sozialismus. Eine Streitschrift, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 2008, S. 60



WIE MUSS SICH DIE DKP VERÄNDERN?

In dieser Rubrik wollen wir notwendige Überlegungen zur Taktik unserer Partei, aber auch über strategische Orientierungen anstellen. Es soll dabei um die konkrete Kleinarbeit vor Ort gehen, im Betrieb oder der Kommune, im Bündnis oder als eigenständige Aktion. Die inhaltliche Klammer bildet die Überlegung, wie sich die DKP politisch-ideologisch stärken kann und dabei neue Genossinnen und Genossen gewinnt.

Wir brauchen eine Debatte darum, wie wir uns als Kommunistische Partei stärken können, d. h. wo unsere konkrete Zielgruppe innerhalb der Klasse ist und wie wir uns als Partei aufstellen müssen.

Erika Beltz

DIE MASSENARBEIT DER „LINKSSEKTIERER“

Als auf der letzten Vorstandssitzung der DKP Hessen der Bezirksvorsitzende im Rahmen der Neuausgabe der Mitgliedsbücher anmerkte: „In Gießen gibt es auch Ansätze linkssektiererischer Positionen“, entstand große Heiterkeit. Haben sich doch die Gießener in ihren Stellungnahmen stets geschlossen für eine konsequent kommunistische Parteilinie eingesetzt, die von manchen als „linkssektiererisch“ bezeichnet wird.

Zustimmung für Bürgerschreck-Gruppe

Als er dann weiter berichtete, dass diese Kreisorganisation seit der letzten Erfassung um 30 Prozent gewachsen ist, fand das bei einigen weniger Aufmerksamkeit – ebenso wenig wie die Tatsache, dass zur EU-Wahl mehr als das Vierfache an Unterschriften gesammelt werden konnte, als die Zahl der Mitglieder beträgt.

Wie kommt so eine „linkssektiererische“ Kreisorganisation, die doch laut weit verbreiteter Ansicht isoliert und als Bürgerschreck verschrien zu sein hat, zu solchen Ergebnissen?

Die DKP Gießen hat den Beschluss der Kandidatur zur EU-Wahl sehr begrüßt, weil wir endlich wieder einmal für unsere eigene Überzeugung und Politik in den Wahlkampf eingreifen können, ohne mit wenig überzeugenden Argumenten für eine andere Partei, die nur zweite Wahl sein kann, werben zu müssen.

Wir haben frühzeitig mit dem Sammeln begonnen:

- auf unserer gut besuchten Film-Veranstaltung im Gewerkschaftshaus mit Ingrid und Herbert Wils zu den Opfern des Kalten Krieges,
- während des jährlich stattfindenden Mahngangs anlässlich der faschis-

tischen Reichspogromnacht am 9. November,

- auf der erfolgreichen Veranstaltung zu den EU-Wahlen mit Hans-Peter Brenner und
- auf den Treffen der verschiedenen Bündnisse, in denen wir aktiv sind.

So haben z. B. alle Anwesenden der Bürgerinitiative gegen die Landesgartenschau, die sich vor mehr als zwei Jahren aus vorwiegend bürgerlichen bzw. ökologisch engagierten Menschen gegründet hatte, ohne Bedenken ihre Unterschrift gegeben – ob sie uns auch wählen, steht auf einem anderen Blatt. Jedenfalls haben wir durch unsere zuverlässige Mitarbeit – fünf Genossen sind hier aktiv – ein beträchtliches Maß an Ansehen gewinnen können; unsere Stadtzeitung, das Gießener Echo, anfangs mit Misstrauen bis hin zu Ablehnung bedacht, wird inzwischen erwartungsvoll und gerne aufgenommen.

Auch auf der Montagsdemo gegen Hartz IV, die seit fast zehn Jahren jede Woche von 18 bis 19 Uhr stattfindet, hat niemand die Unterschrift verweigert. Die Unterstützung durch die DKP, auch mit Artikeln im Echo, wird anerkannt. Hier sind stets – bis auf wenige Ausnahmen – DKP-Mitglieder anwesend, sodass der Termin sich fast zu einer Sprechstunde entwickelt hat: Wer Kontakt aufnehmen will, weiß, wo man uns antrifft, und kann ganz zwanglos vorbeikommen. Dass auch die SDAJler auf ihrem Bildungsabend komplett unterschrieben haben, braucht nicht besonders betont zu werden.

Positive Reaktionen bei der Linkspartei

Erwähnenswert dagegen ist die positive Reaktion von Mitgliedern der Linkspartei, die nicht nur unterschrieben haben, sondern die DKP-Kandidatur teilweise ausdrücklich begrüßten. Denn es ist ihnen klar, dass ihre Partei den Druck von links benötigt, um dem Kurs von Gysi und Liebich entgegenzutreten. Einig waren wir uns auch mit vielen, dass das Scheitern einer „rot-rot-grünen“ Koalition in Hessen für die Linkspartei nur von Vorteil war, weil sie sonst unweigerlich auch Sozialabbau und weitere Verschlechterungen aufgrund der Schuldenbremse und anderer sog. Sachzwänge hätte mittragen müssen. Schon bei den Landtagswahlen 2013 ist es uns aus diesem Grund zuweilen schwergefallen, unsere Sympathisanten von der Wahl der Linkspartei zu überzeugen. Insgesamt haben wir vor Ort ein entspanntes Verhältnis zur Linkspartei – nicht nur wegen der Zusammenarbeit im Stadtparlament. Bei den Kommunalwahlen haben DKP-Mitglieder auf ihren Listen kandidiert, wo sie teilweise durch Kumulieren mehrere Plätze nach oben gewählt wurden, einmal sogar ungewollt in den Kreistag.

Unser Ansehen in vielen Bündnissen und Initiativen – darunter auch die Gießener Friedensbewegung – ist zum Teil ein Ergebnis unserer Arbeit mit dem Gießener Echo, das jeden Monat in einer Auflage von 5000 Exemplaren erscheint. Da wir hier die Termine aller linken Organisationen ankündigen, über ihre Projekte berichten und sie auf diese Art in ihrer Arbeit unterstützen, sind wir in gewisser Hinsicht so etwas wie ein hilfreicher Dienstleister für sie.

Eine eigene Zeitung ist das A und O jeder aktiven Parteigruppe – oder, wie unsere verdiente Altgenossin Ria Deeg es einmal formuliert hat: Eine Partei ohne Zeitung ist wie ein Soldat ohne Gewehr. Auch die Arbeit in kommunalen Parlamenten kann nur dann sinnvoll vermittelt werden, wenn sie durch Pressearbeit begleitet wird.

Kampagne hilfreich gegen Schwächen

Wenn nun der Eindruck entstanden sein sollte, wir seien eine Superparteigruppe, dann hat man sich getäuscht. Auch wenn wir gewisse Erfolge erreichen konnten, sollten auch unsere Schwachpunkte benannt werden: Auch in Gießen ist der Kreis aktiver Genossinnen und Genossen klein. Ein Mangel bei der Unterschriftensammlung war, dass von den Genossinnen und Genossen, die zu den Gruppenabenden kommen und etwa ein Drittel der Mitglieder ausmachen, nur einige sich beteiligt haben. Manche haben keine Verbindung zu linken und demokratischen Kräften, andere, die in Vereinen und Bündnissen organisiert sind, geben sich keine Mühe. Im Bereich Betrieb und Gewerkschaft sind wir – auch altersbedingt – sehr schlecht vertreten. Wir hangeln uns ohne Arbeitsplan von einer Aktion zu anderen, von einer Veranstaltung zum nächsten Infostand – Lenin nannte das wohl Handwerkelei.

Umso mehr wissen wir es zu schätzen, dass wir durch den EU-Wahlkampf und das bevorstehende UZ-Pressefest mit der ganzen Partei zusammen konkrete Ziele haben, für die wir mobilisieren. Die Bedingungen hierfür scheinen objektiv leichter als noch vor Jahren. Am Konstrukt der EU, die mit dem Ziel gegründet wurde, Europa zu einer führenden Weltmacht zu machen, die die Mitgliedstaaten zu Aufrüstung und Krieg verpflichtet und die die Menschen in Südeuropa, und nicht nur dort, in unvorstellbares Elend stürzt, lässt sich sehr gut mit Interessierten diskutieren. Die Hoffnung, dass innerhalb der EU doch noch Verbesserungen erreicht werden könnten, ist gering. Zunehmend wird eine mögliche Reformierbarkeit der EU, so auch vom Studentenverband der Linkspartei, verneint. Das geplante Freihandelsabkommen, die Genehmigung des Anbaus von Genmais und nicht zuletzt die Vorbereitung weiterer Kriege unterstreichen dies. Unser

Wahlprogramm ist für solche Diskussionen eine hervorragende Grundlage. Und auch wenn wir – wie zu erwarten – ein bescheidenes Ergebnis erreichen werden, wird die DKP dadurch gestärkt werden können.

Nach unserer Erfahrung ist die Wut auf die Regierungsparteien enorm gewachsen. Mit der Kritik an der großen Koalition werden offene Türen eingemacht. Waren wir Kommunisten früher die Einzigen, die die sich immer weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich anprangerten, so ist das heute fast Allgemeingut. Wenn wir früher mit der Losung nach einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt antraten, so reicht das heute nicht mehr. Die kapitalistischen Widersprüche, die Schamlosigkeit in der Ausbeutung, in der Ruinierung menschlicher Existenzen bei gleichzeitig angehäuften obszönem Reichtum machen viele sprachlos. Hier auf die Ursachen hinzuweisen und unsere sozialistische Alternative zu formulieren muss unsere Aufgabe sein. Dabei ist der Einsatz im Kampf um Veränderungen eine Notwendigkeit, dem sozialistischen Ziel näher zu kommen.

Auf die dabei möglichen Fehler und zu beherzigenden Grundsätze hat Hans Heinz Holz hingewiesen: „Jede Partei, die ihre Reformpolitik an die grundsätzliche Bejahung der Systemstruktur bindet, die sie reformieren will, stützt nicht nur das System, sondern trägt zu seiner Perfektionierung bei. Reformen des Kapitalismus führen zu vollkommenerem Kapitalismus. Kapitalismus ist aber seinem Wesen nach Akkumulation des Kapitals, private Aneignung des Mehrwerts, Ausbeutung; würde ihm diese Bewegungsform genommen, wäre es kein Kapitalismus mehr. Vollkommener Kapitalismus ist also immer vollkommenerer Ausbeutung. Daran ändert sich auch nichts, wenn eine reformistische Partei (beziehungsweise deren Repräsentanten) subjektiv ehrlich die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse erstrebt. Objektiv bewirkt sie das Gegenteil.“ [1]

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Hans Heinz Holz, Zu Hanfried Müllers „cura ardente“, Weißenseer Blätter, Heft 2/2005.



INHALT

<i>Renate Münder</i> Editorial	1
<i>Richard Corell</i> Schöner wohnen im „Haus Europa“?	2
<i>Richard Corell</i> EU und Schweiz nach dem Referendum	3
<i>Sepp Aigner</i> Linkspartei und DKP zu den EU-Wahlen	4
<i>Andreas Wehr</i> Fassadendemokratie	6
<i>Andreas Wehr</i> Welches Europa will die AfD?	8
<i>Renate Münder</i> Rufmord: Nationalismus	10
<i>Anton Latzo</i> Antikommunismus in der EU	11
<i>Tibor Zenker</i> Antifaschistische Aufgabenfelder	13
<i>Jürgen Lloyd</i> Zur antifaschistischen Politik der DKP	15
<i>Thomas Lurchi</i> Gegeneinander sich ausspielen	17
<i>Hans-Günter Szalkiewicz</i> Marxismus am Ende?	19
Literaturtipp	
<i>Pablo Graubner</i> Bildungsarbeit und Parteilichkeit	21
Wie muss sich die DKP verändern?	
<i>Erika Beltz</i> Die Massenarbeit der „Linkssektierer“	22

IMPRESSUM

www.theoriepraxis.wordpress.com

Herausgeber:

Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik,
V. i. S. d. P.: Renate Münder, 81669 München

Redaktion und Anzeigen:

Postanschrift: Renate Münder,
St.-Cajetan-Straße 20, 81669 München
E-Mail: TundP-Box@web.de

Druck: Eigendruck

Auflage: 1400

Der Bezug ist unentgeltlich.

T&P erscheint einmal im Quartal.

Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich. Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

Michael Beltz,
Spendenkonto Theorie und Praxis,
Konto-Nr. 419 702,
Sparkasse Gießen,
BLZ: 513 500 25,
IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02,
SWIFT-BIC: SKGIDE5F

Wer T&P aktiv unterstützen möchte, kann weitere Abonnenten gewinnen, kann eine Einmal-Spende überweisen oder besser einen Dauerauftrag einrichten. Auch für kleine Beträge sind wir dankbar.

Bei Abbestellungen, die schriftlich an die Redaktion oder per E-Mail an TundP-Box@web.de zu richten sind, wird um die Angabe der vollständigen Adresse gebeten.

Es wird auf die Internet-Präsentation der Zeitschrift unter www.theoriepraxis.wordpress.com verwiesen.

Für Verbesserungsvorschläge und kritische Hinweise ist die Redaktion dankbar.

Die Auffassungen der Autoren der Beiträge und die der Redaktion müssen nicht übereinstimmen.

Leserbriefe sind jederzeit willkommen, können jedoch beim gegebenen Umfang der Zeitschrift nicht immer veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis.